

ALBANISCHE HEFTE

3/2005

Parlamentswahlen 2005 in Albanien:

Gespaltene Linke überlässt
geeinter Rechter die Macht



Kosovo

Eigene Postleitzahlen
für den Kosovo

Bücherreport

Adem Demaçi -
Die Schlangen des Blutes

ISSN 0930-1437 34. Jahrgang - 3. Quartal - 3,50 €

Pressespiegel zu den Wahlen in Albanien

Neue Zürcher Zeitung

8.9.2005

Geregelter Machtwechsel in Albanien Der Wahlsieger Sali Berisha erhält eine zweite Chance

[...] Es fiel den Sozialisten schwer, die Niederlage einzugestehen, und es dauerte sieben Wochen, bis sie sich dazu durchringen konnten. Die Demokraten von Sali Berisha verfügten zusammen mit fünf kleineren Gruppierungen, mit denen sie eine Koalition eingegangen sind, über 81 von 140 Sitzen im Parlament. Die Sozialisten allein errangen 42 Mandate. Die von ihr im September 2004 abgespaltene Sozialistische Bewegung für Integration des früheren Ministerpräsidenten Ilir Meta musste sich mit 5 Sitzen begnügen. Nach der Bekanntgabe der endgültigen Wahlergebnisse hat Nano seine Niederlage eingestanden. Er trat auch als Chef der Sozialisten zurück. Dem langjährigen politischen Rivalen von Berisha blieb nichts anderes übrig, denn in der eigenen Partei waren nach der Wahlniederlage die Rücktrittsforderungen immer lauter geworden. Auch der populäre und einflussreiche Bürgermeister von Tirana, Edi Rama, hatte Nano aufgefordert, die Konsequenzen aus der Wahlschlappe zu ziehen; Nano habe die Sozialisten gespalten und damit geschwächt. Der Bürgermeister von Tirana gilt als Favorit im Rennen um die Nachfolge des zurückgetretenen Parteichefs. Nano hat mit dem Eingeständnis der Niederlage doch noch einen geordneten Regierungswechsel ermöglicht. Das ist angesichts des langjährigen erbitterten Machtkampfs zwischen Nano und Berisha und des abgrundtiefen Misstrauens keineswegs selbstverständlich. Der scheidende Regierungschef konnte es denn auch nicht unterlassen, den Demokraten Steine nachzuwerfen. Die Legitimität des Wahl-

siegers sei beschränkt, erklärte er. Die Wahlergebnisse seien «politisch inakzeptabel». Mit seinem Rücktritt als Parteichef distanzieren er sich von der Gewalt und der «extremen politischen Korruption während der Parlamentswahl». [...] Er wird sich bald zeigen, ob Berisha aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat. Unter seiner Präsidentschaft war das Land 1997 nach dem Zusammenbruch von hohlen Sparpyramiden im Chaos versunken. Der Zorn der Geschädigten, die alle ihre Ersparnisse verloren hatten, richtete sich auch gegen Berisha. Dieser hatte die betrügerischen Machenschaften geduldet. Die Demokratische Partei verlor im Juni 1997 die Parlamentswahl. Der seit 1992 amtierende Präsident musste zurücktreten. Berisha hatte in der Zeit seiner Regentschaft mit seinem selbstherrlichen Führungsstil und seiner Intoleranz viele Weggefährten vor den Kopf gestossen. Sie wandten sich von ihm ab und gründeten eigene Parteien.

 **die tageszeitung**

3.9.2005

Unter dem Titel:

ALBANIEN HAT EINEN NEUEN, ALTEN PRÄSIDENTEN

Machtwechsel ohne Todesopfer

schrieb Erich Rathfelder u.a.:

Sali Berisha wird wieder Präsident Albaniens. Schon einmal, zwischen 1992 und 1997, hat dieser unberechenbare, auffahrende und machtbessene Politiker das Land geführt - in die Katastrophe: Spekulationspyramiden kosteten große Teile der Bevölkerung den letzten Cent, Albanien stürzte ins Chaos. Wie kann es sein, dass ausgerechnet Berisha wieder im Präsidentenpalast in Tirana sitzen soll?

Die Wähler wollten es so, behauptet zumindest die albanische Wahlkommission. Die Anschuldigungen des bisherigen Regierungschefs Fatos Nano, es habe ein Wahlbetrug stattgefunden, müssen deshalb nicht falsch zu sein. Der aus Bajram Curi, dem nördlichen Zentrum der wilden ländlichen Mafia stammende Berisha ist nicht eben lupenreiner Demokrat. Immerhin: Der Machtwechsel kam ohne die bisher üblichen Schießereien und somit auch ohne Todesopfer zustande.

[...] Wenngleich zahlreiche Korruptionsskandale und dauernde Machtkämpfe manche westlichen Diplomaten verzweifeln ließen: Unter der Regierung Fatos Nano hat der albanische Staat zumindest etwas Autorität zurückgewonnen. Die Frage ist, ob dieser Prozess unumkehrbar ist. Die Konkurrenz zwischen dem Berisha hörigen Norden und dem Nano unterstützenden Süden Albaniens ist noch lange nicht überwunden, gerade weil der Süden unter Nano Fortschritte machen konnte.

Sollte der Norden Albaniens nun den Süden erdrücken, um sich selbst zu konsolidieren, wäre das fatal. Hoffnung gibt, dass die gestärkte Wirtschaft und die Macht des ausländischen Kapitals dem Voluntarismus Berishas Schranken setzen. Der Einfluss von EU und Nato legt dem alten, neuen Präsidenten zudem einige Zügel an. Mit den anstehenden Verhandlungen über den Status des benachbarten, mehrheitlich von Albanern bewohnten Kosovo muss Berisha international Punkte sammeln. Sollte er durch seine Unberechenbarkeit den Friedensprozess in der von der UN verwalteten Provinz stören wäre seine Amtszeit wohl schon bald beendet.

OÖNachrichten

10.9.2005

Der alte Neue

Sali Berisha ist wieder Staatspräsident. Der machtverliebte Politiker hat Albanien schon einmal, zwischen 1992 und 1997, geführt - und zwar schnurstracks ins Chaos: Nach Fortsetzung auf S. 7

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

wenn Sie dieses Heft aufschlagen, dann werden Sie schnell sehen, dass wir nicht umhin gekommen sind, den kürzlichen Parlamentswahlen und ihren Folgen breiten Raum zu widmen. Ziemlich genau zwei Monate nach dem Urnengang hat Albanien wieder eine Regierung, ist das Machtvakuum im Land beendet. Die Linke leckt ihre Wunden, Schuldzuweisungen bestimmen die Auseinandersetzung im linken Lager. Der ehemalige Regierungschef Nano ist auch als Vorsitzender der Sozialistischen Partei zurück getreten, potentielle Nachfolger wie Edi Rama, der charismatische Bürgermeister von Tirana, haben ihren Hut in den Ring geworfen, doch inwieweit der Rücktritt von Nano endgültig ist, bleibt erst noch abzuwarten.

Dem Land täte es sicher gut, wenn es auch mit neuen politischen Persönlichkeiten zu einer neuen politischen Kultur finden könnte.

Wie Sie auch aus den Pressestimmen ersehen können, die wir im Pressespiegel abdrucken, ist allgemein konstatiert worden, dass dieser Machtwechsel bei allen verbalen Scharmützeln ohne gewaltsame Auseinandersetzungen abgelaufen ist. Und auch die Sorgen, die manch ein Kommentator mit dem Namen Berisha verbinden mag, scheinen nicht begründet: zu sehr wird der neue Regierungschef mit seiner Mannschaft vom ersten Tage an nicht nur unter Beobachtung der kritischen albanischen Öffentlichkeit stehen, sondern auch der internationalen Gemeinschaft, v.a. der EU, mit der die Gespräche für ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen möglichst bald zu einem positiven Abschluss gebracht werden sollen. Und so deuten die ersten – teils spektakulären - Schritte der Regierung darauf hin, dass sie Ernst machen will mit den vollmundigen Ankündigungen aus dem Wahlkampf. Der Kampf soll sich gegen Korruption und organisierte Kriminalität richten, nicht gegen den politischen Widersacher. Sollte es wirklich gelingen, die kommenden politischen Auseinandersetzungen frei von Rachegeleüsten zu führen, dann geht Albanien zwar Zeiten, aber durchaus ruhigen Zeiten entgegen.

Ihr
Bodo Gudjons
Chefredakteur

Chronik

- 04 Daten, Namen, Fakten: August - September 2005

Magazin

- 08 Nachrichten aus Albanien

Zeitläufe

- 10 **Parlamentswahlen 2005
in Albanien**



Gespaltene Linke überlässt geointer Rechter die Macht

Kosovo

- 22 Eigene Postleitzahlen
für den Kosovo

Aus der DAFG

- 29 Impressum
Kontaktadressen

Titel

Tirana: Säule mit Informationen zum Wahlablauf ,
Foto: Jochen Blanken

Rückseite

Bucht bei Himara, Foto: Jochen Blanken

■ August 2005

1. Mord nach Anzeige gegen

Polizisten: Die 20jährige Joana Dudushi wird ermordet aufgefunden; sie hatte im Fernsehen Polizisten einer Spezialeinheit gegen Menschenhandel beschuldigt, selbst in diese Verbrechen verwickelt zu sein. Sie hatte ihre Aussagen nach Drohungen gegen sie und ihr Kind vor Gericht nicht aufrechterhalten, konnte sich damit aber nicht retten. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wird der Mörder festgenommen; seine Tat habe aber rein private Hintergründe.

12. PSSH kritisiert bisherige

Partner: PSSH-Generalsekretär Gramoz Ruçi kritisiert die PAA und die PBDNJ, die Einladungen Berishas zu einer Koalition angenommen haben. Er widersetzt sich einer Konstituierung des neuen Parlamentes, da noch immer kein Endergebnis der Wahlen vorliegt.

12. Öffnung der Hochschulen

- **Neue Universitäten:** Das scheidende Kabinett öffnet den Hochschulzugang für das Wintersemester für knapp 27.000 Bewerber (doppelt so viele wie im Vorjahr), womit die Auswahltests weitgehend entfallen. Auch die bisherige Opposition hatte eine Öffnung der Hochschulen versprochen, zeigt sich aber angesichts der Überlastquoten wenig begeistert. Die Beschlüsse treffen auf einhellige Ablehnung der Hochschulen, deren Vertreter rechtliche Schritte ankündigen. - Nano hatte bereits angekündigt, neue Universitäten in Durrës, Berat und Fier zu eröffnen. Berisha hatte im Wahlkampf eine für Durrës versprochen. - Die Regierung genehmigt die Gründung einer weiteren Privatuniversität mit dem Namen „Marin Barleti“ in Tirana; sie wird zunächst eine Fremdsprachenfakultät und eine für Angewandte Mathematik haben und jährlich 70 Studierende aufnehmen.

15. Keine Neubesetzung der

Wahlkommissionen – Nano räumt Niederlage ein: Die Zentrale Wahlkommission weist die Forderung der PSSH zurück, die von der PBDNJ benannten Mitglieder der Wahlkommissionen in drei

Wahlkreisen, an denen am 21.8. Wiederholungswahlen stattfinden, abzugeben, da die PBDNJ die Fronten gewechselt habe. – Fatos Nano räumt bei einer Parteiveranstaltung in Gjirokastra erstmalig die Niederlage der PSSH ein, die er als Unfall bezeichnet, und wirft der PDSH Manipulationen vor. Ersieht bei einem Wahlerfolg in allen drei Wahlkreisen am 21.8. jedoch noch eine Chance auf eine linke Mehrheit.

16. Berisha kritisiert Regierung:

Der designierte Ministerpräsident Berisha kritisiert die scheidende Regierung; sie nutze die Zeit bis zur Konstituierung des Parlaments, belastende Akten verschwinden zu lassen und Beschlüsse zu fassen, die mit dem Haushalt unvereinbar seien. Erklärt an, diese Beschlüsse nach seiner Amtsübernahme rückgängig zu machen.

16. Illegale Bauten abgerissen:

Die Baupolizei von Tirana beginnt mit dem Abriss von 280 illegal errichteten Gebäuden, um die Erweiterung der Ringstraße zu ermöglichen.

16. Italienisches Kriegsschiff

wieder gefunden: Ca. zwei Seemeilen vor der albanischen Küste entdecken italienische Taucher das Wrack des am 11.12.1916 gesunkenen italienischen Kriegsschiffes „Regina Margherita“; beim Untergang des Schiffes, dessen Ursache bisher unbekannt ist, starben 674 Menschen.

17. Brand in Berater Altstadt:

Bei einem Brand im denkmalgeschützten Burgviertel der Museumsstadt Berat werden vier Häuser zerstört; Menschen kommen nicht zu Schaden. Das in der Nähe gelegene Museum für den Ikonenmaler Onufri bleibt unversehrt.

17. Sozialisten drohen, Wahl

nicht anzuerkennen: In einem Gespräch mit dem Leiter der Wahlbeobachtermission von OSZE/ODIHR, Grunnet, wiederholen Vertreter der PSSH ihre Vorwürfe an die PDSH, die Wahlen manipuliert zu haben; falls sich dies bei den Wahlwiederholungen am 21.8. fortsetze, würden sie das Ergebnis insgesamt nicht anerkennen.

17. PAD und PDS lehnen

Koalitionsangebot ab: Der Präsident der Demokratischen Allianz (PAD),

Neritan Ceka, lehnt ein Angebot Berisha ab, der neuen Regierungskoalition beizutreten; auch Paskal Milo (Partei der Sozialen Demokratie, PDS) hatte einen Wechsel aus der bisherigen Mitte-Links-Koalition abgelehnt.

18. Koalition: Die PDSH unterzeichnet mit der Neuen Demokratenpartei einen Koalitionsvertrag, in dem beide Parteien ihre Zusammenarbeit in der Regierung, bei der Kommunalwahl 2006 und bei der Wahl des nächsten Präsidenten vereinbaren. PDR-Chef Genc Pollo wird Bildungsminister; seine Partei erhält einen stellvertretenden Ministerposten, einen Präfekten und einen Ausschussvorsitzenden.

18. Parteienfinanzierung: Nach Ablauf der Frist zur gesetzlich vorgeschriebenen Offenlegung der finanziellen Quellen des Wahlkampfes haben nur die Legalitätsbewegung (PLL) und die Kommunistische Partei (PKSH) sowie eine Einzelbewerberin ihre Unterlagen bei der Zentralen Wahlkommission eingereicht. PSSH, PDR und mehrere kleine Parteien reichen erst am 19.8. ihre Unterlagen ein. Die Sozialisten haben 198,2 Mio. Lek ausgegeben.

19. Crvenkovski lehnt

Zweisprachigkeit der Armee ab: Der makedonische Präsident Branko Crvenkovski lehnt die von der regierenden Albaner-Partei BDI geforderte Zweisprachigkeit der Armee ab. Dies sei im Ohrider Abkommen nicht vereinbart worden und sei nicht praktikabel.

19. Aktenübergabe: Ministerpräsident Nano weist die Ministerien an, die ordnungsgemäße Übergabe der Akten an die künftige Regierung im Rahmen einer offiziellen Zeremonie vorzubereiten; dies war bei früheren Regierungswechseln unterblieben.

21. PD siegt bei

Nachwahlen: In drei Wahlkreisen finden Wiederholungswahlen statt. Im Wahlkreis 92 (Gjirokastra) siegt der frühere Minister Genc Ruli (PD) gegen die ehemalige stellvertretende Regierungschefin Makbule Çeço (PSSH). Im Wahlkreis 64 (Lushnjë) gewinnt Ilir Bano (PD) gegen den Minister Ethem Ruka (PSSH). Auch im Wahlkreis 2 (Shkodra) gewinnt der PD-Kandidat Astrit Bushati gegen

den Sozialisten Pal Lera. Alle PD-Kandidaten siegen mit haushohen Mehrheiten, während die Resultate am 3.7.2005 sehr knapp ausfielen. – Das Berufungsgericht in Tirana entscheidet bei dem strittigen Mandat im Wahlkreis 73 zugunsten des bisherigen Außenministers Kastriot Islami (PSSH). – Die künftige Regierung hat damit insgesamt 81 Abgeordnete hinter sich; in der Opposition sind 59; allerdings kündigt die PDS an, der neuen Regierung das Vertrauen auszusprechen.

21. Gewalt gegen Journalisten: Der Chefredakteur der konservativen Wochenzeitung Tema, Mero Baze, wird von einem Gegner krankenhausergeschlagen; der Täter, der behauptet, von Baze bedroht worden zu sein, wird verhaftet, drei Komplizen sind auf der Flucht, darunter ein Sohn Çeços..

21. Auch PAD verlässt linkes Bündnis: Neritan Ceka, der Präsident der Demokratischen Allianz, erklärt, dass seine Partei sich nicht mehr als Bestandteil des linken Bündnisses betrachte; die Sozialisten müssten ihre Krise selbst überwinden.

21. PSD für Einheit der Linken: PSD-Chef Gjinushi wiederholt seinen Appell zur Einheit der Linken, um künftige Wahlniederlagen zu vermeiden. Er legt drei Szenarien vor, die von festen Wahlabsprachen über die Schaffung eines gemeinsamen Koordinierungsgremiums bis zur Wiedervereinigung der beiden gespaltenen Parteien, der Sozialisten und der Sozialdemokraten, reichen.

23. LSI will Wahl anfechten: Die LSI will beim Verfassungsgericht Klage gegen die Verteilung der 40 Sitze für die Landeslisten erheben, die aufgrund des taktischen Votierens nicht die reale Stärke der Parteien wiedergeben würden.

23. Überstundenausgleich für Polizisten: Der scheidende Innenminister Iglj Toska stellt 142 Millionen Lekë zur Bezahlung von abgeleiteten Überstunden mit Zuschlägen der Polizisten bereit. Für Polizisten gilt eine 50-Stunden-Woche; das Durchschnittsgehalt liegt bei nur 30.000 Lek.

24. Kampf zwischen Banden im Hochsicherheitsgefängnis: In

dem mit 700 Gefangenen belegten Hochsicherheitsgefängnis werden acht Häftlinge verletzt, als Angehörige der Zani- und der Gaxhai-Bande aus Vlora mit Messern aufeinander losgehen.

24. Auseinandersetzungen in Agrarpartei: Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Ymer Tola und der Präfekt von Dibra Petrit Gjoni (beide PAA) legen ihre Ämter nieder, da sie beide zu Abgeordneten gewählt wurden. Sie hatten deutlich gemacht, dass sie Bedenken gegen den Kurswechsel von Parteichef Xhuveli haben. Auch bei den rechten Partnern der PD gibt es Vorbehalte gegen die Einbeziehung des bisher engsten Verbündeten der Sozialisten in die neue Koalition.

25. Covic entlassen: Der Koordinator der serbischen Regierung für Kosovo, Nebojsa Covic, gibt sein Amt auf, nachdem Ministerpräsident Kostunica dessen Sozialdemokratische Partei Serbiens aus der Regierungskoalition entlassen hat. Bei den Kosovo-Serben wird dieser Schritt unterschiedlich bewertet.

26. Rama will PSSH-Chef werden: Edi Rama legt Fatos Nano im sozialistischen Parteiorgan „Zëri i Popullit“ nahe, aus der Wahlniederlage die Konsequenz zu ziehen und zurückzutreten. Er kündigt an, erneut für den Parteivorsitz zu kandidieren. Auf einem Parteitag Ende 2003 war er gegen Nano deutlich unterlegen. – Generalsekretär Ruçi begrüßt Ramas Erklärungen und wird von Nano telefonisch zurechtgewiesen.

26. Erstes Abkommen PSSH-LSI ohne Erfolg: Zwei Tage vor der Neuwahl des Bürgermeisters von Buçimas (Kreis Pogradec) unterzeichnen PSSH und LSI ein Abkommen; die LSI unterstützt den sozialistischen Kandidaten; falls dieser siegt, erhält die LSI den stellvertretenden Bürgermeister und einige andere Positionen. Die Parteispitzen haben diese Vereinbarung gebilligt. – Das Abkommen erfüllt seinen Zweck nicht; der PD-Bewerber gewinnt die Wahl mit rund 60 %.

27. PD-Kreischef ermordet: Der Kreisvorsitzende der PD in Has, Behar Kastrati, wird in Kukës ermordet aufgefunden. Kastrati war wenige

Tage nach der Wahl verschwunden.

27. Mordanschlag auf Kosovo-Serben: Bei Strpce werden zwei junge Serben erschossen, zwei weitere verletzt. Als Hintergrund gilt ethnischer Hass; Serbien protestiert gegen das Versagen von UNMIK und KFOR beim Schutz der Serben.

28. UN-Polizisten wegen Menschenhandel festgenommen: Zwei UN-Polizisten und vier andere Ausländer werden festgenommen; sie werden beschuldigt, in Menschenhandel verwickelt zu sein.

29. Koalition beim Präsidenten: Vertreter der künftigen Koalition treffen mit Präsident Moisiu zusammen; sie üben Druck auf ihn aus, das neue Parlament möglichst schnell einzuberufen, da die Amtszeit des bisherigen Parlamentes am 3.9. endgültig auslaufe. (Nach Ansicht des Verfassungsrechtlers Luan Omari dauert sie bis zum Zusammentreten des neuen Kuvend an.) Berisha hatte Moisiu Verfassungsbruch vorgeworfen, weil er sich geweigert habe, ohne offizielles Endergebnis die 40 Listenmandate zu veröffentlichen.

29. Rektoren für neue Hochschulen benannt: Für die drei neu zu gründenden Universitäten wurden nach einer Ausschreibung durch das Bildungsministerium Gründungsrektoren berufen: Kosta Barjaba (Uni Durrës), Irakli Prifti (Uni Fier) und Edmond Dragoti (Uni Berat).

■ September 2005

1. Endergebnis: Die Zentrale Wahlkommission verkündet einstimmig das Endergebnis der Parlamentswahlen vom 3.7. und der Nachwahlen vom 21.8.2005. Die 140 Sitze verteilen sich wie folgt: PD 56 Sitze, PSSH 42, Republikaner (PR) 11, Menschenrechtspartei 3, Sozialistische Integrationsbewegung (LSI) 5, Sozialdemokraten (PSD) 7, Demokratische Allianz (PAD) 3, Soziale Demokratie (PDS-SH) 2, Agrar- und Umweltpartei (PAA) 4, Christdemokraten 2, Neue Demokraten (PDR) 4, Liberaldemokraten (BLD) 1. – Präsident Moisiu beruft das neue Parlament für den 2.9. zu seiner konstituierenden Sitzung ein, die von Lufter Xhuveli (PAA) als Alterspräsident geleitet wird.

1. Nano tritt zurück: Der scheidende Ministerpräsident Nano legt sein Amt als Parteivorsitzender der Sozialisten nieder. Er beschuldigt die PD der Wahlfälschung. Bis zur Wahl eines Nachfolgers auf einem Sonderparteitag wird Generalsekretär Ruçi die Geschäfte führen. – Ruçi wiederholt die Vorwürfe am 2.9. auf der konstituierenden Fraktions-sitzung der PSSH: die Sozialisten hätten durch Manipulationen mit den Wählerlisten und durch Gewaltakte von PD-Anhängern 15 und durch die Spaltung des linken Wählerpotentials 11 Mandate verloren.

2. Topi PD-Fraktionsvorsitzender: Bamir Topi wird von der PD-Fraktion als Vorsitzender bestätigt.

3. Topalli Parlamentspräsidentin: Die seit 1997 amtierende stellvertretende Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli (PD) wird mit 81 Stimmen zur neuen Präsidentin des Parlamentes gewählt. Auf den von der PSSH vorgeschlagenen PAD-Abgeordneten Neritan Ceka entfallen 52 Stimmen. – Zwei Tage später nominiert die PD Fatos Beja und die PS den früheren Ministerpräsidenten Ylli Bufi als stellvertretende Parlamentspräsidenten.

3. Berisha Ministerpräsident: Präsident Moisiu ernennt Sali Berisha zum neuen Ministerpräsidenten. Er verkündet als erste Amtshandlung eine humanitäre Spende an die Hurrikanopfer in den USA über 300.000 \$. Seinem Kabinett gehören an:

Ministerpräsident: Sali Berisha (PD)
Stellvertretender Ministerpräsident: Ilir Rusmajli (PD)

Finanzen: Ridvan Bode (PD)

Äußeres: Besnik Mustafaj (PD)

Wirtschaft: Genc Ruli (PD)

Innen: Sokol Olldashi (PD)

Verteidigung:

Soziales:

Gesundheit: Maksim Cikuli (PD)

Öffentliche Arbeiten, Verkehr, Tele-

kommunikation: Lulzim Basha (PD)

Landwirtschaft: Jemin Gjani (PD)

Umwelt: Lufter Xhuveli (PAA)

Bildung und Wissenschaft: Genc Pollo (PDR)

Justiz: Aldo Bumçi (PD)

Integration: Arenca Troshani (PD)

Tourismus und Kultur: Bujar Leskaj (PD)

Bode, Ruli und Cikuli hatten ihre

Ressorts bereits in früheren PD-Regierungen inne.

3. Albanien-Kasachstan 2:0: In der Qualifikationsrunde zur Fußball-WM 2006 besiegt Albanien in Tirana Kasachstan mit 2:0 durch Tore von Florian Myrtaj und Erjon Bogdani.

4. Zerfällt PDR?: Der Generalsekretär der PDR, Ferdinand Xhaferri, verlässt seine Partei und ihre gerade erst gebildete Fraktion und kehrt in die PD zurück. Er sieht keine Notwendigkeit mehr für die Fortexistenz der reformistischen PD-Abspaltung.

5. Rugova hat Krebs: Nach seiner Rückkehr von einem Klinikaufenthalt in Deutschland teilt Präsident Ibrahim Rugova in einer Ansprache mit, dass er wegen Lungenkrebs in Behandlung sei. Der Kettenraucher lehnt einen Rücktritt ab.

5. Widerstand gegen Rama: Die Vorsitzenden des Jugend- und des Frauenverbandes der PSSH, Gjergj Koja und Majlinda Keta, lehnen eine Unterstützung der Kandidatur Edi Ramas für den Parteivorsitz ab; es sei notwendig, einen Vorsitzenden zu finden, der nicht der Korruption bezichtigt werde.

7. Skandal bei Hochschulzulassung: Mehr als 4.000 Studienbewerber für Jura müssen ihre Eingangstests wiederholen, weil die Prüfungsaufgaben für 700 € verkauft worden waren. Die Staatsanwaltschaft ermittelt auf eine Anzeige des Dekans und früheren Justizministers Kudret Çela hin. Am 13.9. wird der Vorsitzende der Studentenvertretung unter Tatverdacht festgenommen.

8. Rücktrittsforderung gegen Kosumi: Die kosovarische Opposition fordert den Rücktritt von Ministerpräsident Bajram Kosumi (AAK), der eingeräumt hat, von privater Seite 20.000 € erhalten zu haben, die er zur Bezahlung eines Privatflugzeugs aus der Türkei nach Prishtina benötigt habe. Regierungssprecher Daut Dauti erklärt aus Protest seinen Rücktritt.

9. Berater Nanos wegen Schmuggel verhaftet: Leonard Koka, ein Berater des früheren Regierungschefs Nano, wird wegen Beteiligung am Zigarettenschmuggel im großen Stil verhaftet. Er ist der Bruder des sozialistischen

Bürgermeisters von Durrës, Lefter Koka.

10. Vertrauensvotum mit „Präsidentenmehrheit“ für Regierung Berisha: Das Parlament spricht der neuen Regierung mit 84 gegen 53 Stimmen (bei 3 Abwesenden) das Vertrauen aus. Sollte sich diese Mehrheit als stabil herausstellen, könnte die Koalition 2007 auch den neuen Präsidenten ohne Konsens mit der Opposition wählen. Das Kabinett wird am folgenden Tag durch Präsident Moisiu vereidigt. Es hat folgende Zusammensetzung:
Ministerpräsident: Sali Berisha (PD)
Stellvertretender Ministerpräsident: Ilir Rusmajli (PD)

Finanzen: Ridvan Bode (PD)

Äußeres: Besnik Mustafaj (PD)

Wirtschaft: Genc Ruli (PD)

Innen: Sokol Olldashi (PD)

Verteidigung: Fatmir Mediu (PR)

Soziales: Kosta Barka (PBDNJ)

Gesundheit: Maksim Cikuli (PD)

Öffentliche Arbeiten, Verkehr, Tele-

kommunikation: Lulzim Basha (PD)

Landwirtschaft: Jemin Gjani (PD)

Umwelt: Lufter Xhuveli (PAA)

Bildung und Wissenschaft: Genc Pollo (PDR)

Justiz: Aldo Bumçi (PD)

Integration: Arenca Troshani (PD)

Tourismus und Kultur: Bujar Leskaj (PD)

13. Hochschulzugang: Der neue Bildungsminister Genc Pollo spricht sich gegenüber den Hochschulrektoren für eine Liberalisierung des Hochschulzugangs aus, der aber den materiellen und didaktischen Möglichkeiten entsprechen müsse; der Rektor der Universität Tirana, Shezai Rrokaj, spricht sich dafür aus, die Überkapazitäten seiner Hochschule mit Hilfe der kleinen Universitäten in der Provinz abzubauen. Pollo lehnt aber die von der früheren Regierung beschlossene Gründung neuer Universitäten in Durrës, Berat und Fier ab, da dafür keine materiellen Voraussetzungen geschaffen sind.

13. Verhandlungsgruppe für Kosovo: Präsident Rugova beauftragt Blerim Shala mit der Leitung der Verhandlungsgruppe über den künftigen Status Kosovos; ihr sollen auch Parlamentspräsident Daci, Regierungschef Kosumi, Oppositionsführer Thaçi und der Publizist und Abgeordnete Veton Surroi angehören.

Fortsetzung von S. 2

dem Zusammenbruch der dubiosen Finanzgesellschaften stand Albanien am Rande des Bürgerkriegs.

Ob Berisha jetzt vom Volk gewünscht oder nur durch plumpe Wahlfälschungen zurück an die Macht gekommen ist, wird wohl nie bekannt werden. Immerhin kam der Machtwechsel diesmal ohne die für Albanien üblichen Schießereien zustande.

Albanien hat sich tatsächlich verändert. Die Angst vor Berisha ist somit unbegründet. Denn der alte, neue Präsident kann nicht mehr so agieren wie früher. Der immer stärker werdende Einfluss von EU und Nato legt ihm einige Zügel an.

Selbst der unberechenbare Berisha wird sich diesem internationalen Diktat unterwerfen müssen. Ansonsten ist seine Amtszeit nämlich schnell wieder zu Ende.

n-tv.de

9. 9.2005

Machtwechsel in Albanien Berisha tritt wieder an

Der bisherige Oppositionsführer Sali Berisha tritt als neuer Ministerpräsident der Republik Albanien an. Acht Jahre nach seinem spektakulären Scheitern als Staatsoberhaupt hat sich der 60-Jährige am Freitag in Tirana im neuen Parlament zur Wahl gestellt. Seine Bestätigung samt seiner 15-köpfigen Ministerriege galt als Formsache, da die von Berishas Demokratischer Partei (DP) geführte Rechtskoalition mit 81 von 140 Sitzen im Parlament eine klare Mehrheit besitzt.

Die bisher regierenden Sozialisten hatten gemeinsam mit ihren Verbündeten bei den Wahlen am 3. Juli nur 59 Mandate erhalten und wechseln in die Opposition. Regierungschef Fatos Nano war nach der Niederlage auch als Vorsitzender der Sozialisten abgetreten. Berisha will das arme Balkanland nach eigener Darstellung vor allem von der weit verbreiteten Kor-

ruption in Wirtschaft und Politik befreien. Damit soll die Voraussetzung für den Aufschwung privater Unternehmen und für ausländische Investitionen geschaffen werden. Dazu soll auch eine grundlegende Reform des Steuersystems beitragen. Der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit und die Reform des Bildungssektors sind weitere Kernpunkte des Regierungsprogramms.

Die Presse.com

5.9.2005

Albanien hat sich gewandelt - auch Sali Berisha?

Gertrud Illmeier schreibt u.a.:

Der Ex-Präsident kehrt zurück an die Macht, Tiranas dynamischer Bürgermeister hat ihm viel vorgemacht.

[...] Besonders augenscheinlich sind die Fortschritte in Tirana, der Hauptstadt, die einen Bauboom erlebt. Seit der 41-jährige Bürgermeister Edi Rama das Szepter schwingt, wird sie immer schöner und moderner. Der Quereinsteiger Rama, der eigentlich Künstler ist, hat ihr ein witziges, buntes Kleid übergestreift. [...]

Rama, der 2004 von einer internationalen Jury zum „Weltbürgermeister“ gekürt wurde, hatte den Mut, 2000 ohne Genehmigung errichtete Buden, Kioske und Cafés, die das Stadtzentrum zupflasterten und verschandelten, niederreißen zu lassen.

Aber die Veränderungen in Albanien beschränken sich nicht nur auf Äußerlichkeiten. Auch die Gesellschaft scheint im Aufbruch zu sein. Der dynamische Rama steht stellvertretend für ein neues, modernes Albanien. Sein Eintritt in die Politik vor fünf Jahren habe viel verändert, erklärt der Direktor des Albanischen Medieninstituts, Remzi Lani. „Er hat ein neues Rollenmodell geschaffen.“

Nun will Rama Fatos Nano als Chef der Sozialistischen Partei nachfolgen. Der inzwischen zurückgetretene Premier hat die Wahlen im Juli vor allem wegen der endemischen Korruption, die das Land in Geiselschaft hält, verloren. Diese koste den Staat

jährlich geschätzte 1,2 Milliarden US-Dollar berichtete die Weltbank.

Der Wahlsieger und designierte Premier Sali Berisha von der Demokratischen Partei, der als „sauber“ gilt, geißelt Nanos Herrschaft als „Protektorat des organisierten Verbrechens“. Der 60-jährige Ex-Präsident Berisha räumt dem Kampf gegen Korruption und Kriminalität in seinem Programm Priorität ein. „Albanien darf kein Exporteur für Organisierte Kriminalität mehr sein, sondern muss ein ehrbares Mitglied der europäischen Familie werden“, verkündete er.

Seit zwei Jahren macht auch die Jugendbewegung „Mjaft!“ („Genug!“) von sich reden. Ihr wichtigstes Ziel sei es, die „zivile Apathie“ zu bekämpfen, erzählt Endri Fuga, der, so wie die meisten Mjaft-Aktivisten im Ausland studiert hat. Zwei Dinge seien in Albanien schief gegangen, erläutert der Diplomatensohn: Die großen Proteste von 1996 und 1997 hätten in Gewalt geendet. Und: Die politische Klasse Albanien habe bisher als unantastbar gegolten. „Wir wollen den Sinn für Widerstand rehabilitieren“, sagt Fuga. [...] Zwei Dinge seien in Albanien schief gegangen, erläutert der Diplomatensohn: Die großen Proteste von 1996 und 1997 hätten in Gewalt geendet. Und: Die politische Klasse Albanien habe bisher als unantastbar gegolten. „Wir wollen den Sinn für Widerstand rehabilitieren“, sagt Fuga. [...] Beobachter sind gespannt, ob Berisha flexibel genug sein wird, um sich den gesellschaftlichen Veränderungen seines Landes anzupassen. Der autoritäre Führungsstil des Cholerikers hat in den 90er Jahren die Hoffnung vieler Albaner auf Demokratisierung und Modernisierung des Landes zunichte gemacht. Skrupellos wurde die Geheimpolizei eingesetzt, Demonstranten verprügelt und Gerichte instrumentalisiert. Berishas Herrschaft brachte das tief gesplante Land 1997 an den Rand eines Bürgerkrieges.

Im letzten Wahlkampf lancierte Berishas US-Beraterfirma, dass sich der 60-Jährige gewandelt habe. „Ich glaube nicht, dass Berisha sich ändern kann“, meint hingegen der Publizist Mustafa Nano. „Aber Albanien hat sich verändert. Berisha kann nicht mehr so agieren wie früher.“

Tirana gewinnt den Supercup Teuta Durrës im Elfmeterschiessen besiegt



Meister Tirana hat auch den albanischen Supercup gewonnen. In einem eher schwachen Spiel gegen den Pokalsieger Teuta Durrës stand es am Ende der regulären Spielzeit und der Verlängerung noch 0:0. Im Elfmeterschiessen siegte Tirana dann mit 5:4 und nahm so Revanche für die im Pokalspiel erlittene Niederlage.

Champions-League -Qualifikation: Tirana für 2. Runde qualifiziert

Der albanische Fußballmeister Tirana hat durch einen 3:0 Sieg über den slowenischen Konkurrenten Hit Gorica überraschend die zweite Qualifikationsrunde zur Champions League erreicht, nachdem er das Hinspiel in Slowenien 0:2 verloren hatte. Die Tore schossen Altin Raklli, der lange Jahre in der Bundesliga spielte, Rezart Dabullah und Hamdi Salihi bereits in der ersten Halbzeit. Trainer Sulejman Starova hob nach dem Spiel hervor, dass die Mannschaft Charakter gezeigt habe, auch wenn sie etwas Glück gehabt habe.

Nach diesem Erfolg trifft Tirana nun in zwei weiteren Ausscheidungsspielen auf den bulgarischen Meister ZSKA Sofia.

Das Erreichen dieser zweiten Qualifikationsrunde brachte immerhin 230.000 SFr in die Vereinskasse.

«Wilhelm Tell» in Albanien

Im Januar 2006 soll Schillers «Wilhelm Tell» in Tirana seine Premiere in albanischer Sprache erleben. Die aus Tellspielgesellschaft Altdorf in der Schweiz unterstützte das Projekt mit Kostümen sowie Rat und Tat. Nach Berichten Schweizer Medien hat der albanische Regisseur Milto Kutali zusammen mit Sergio Dini von der Schweizer Botschaft in Albanien die Tellspielgesellschaft Altdorf besucht. Im Theater-Fundus wurden Kostüme und Utensilien ausgewählt. Vom diesem Besuch erhoffen sich die Verantwortlichen auch Inspiration für die Aufführung in Tirana. Nach Angaben der Tellspielgesellschaft erhielt sie vor einigen Monaten eine Anfrage aus Albanien wegen Unterstützung bei diesem Vorhaben. Die erste albanische Inszenierung von «Wilhelm Tell» soll unter der Trägerschaft der Schweizer Botschaft in der Akademie der Künste stattfinden. Anschliessend soll das Stück auf Tournee in Albanien und im Kosovo gehen. Schillers «Tell» wurde bereits 1934 ins Albanische übersetzt und inzwischen in fünf Auflagen gedruckt. Bisher wurde das Schauspiel aber noch nie in albanischer Sprache inszeniert.

Aids: Frauen gefährdeter als Männer



Nach Angaben der IOM und des Instituts für Öffentliche Gesundheit, die ein Projekt zur Einbeziehung von albanischen Sportlern und Fernsehkünstlern in den Kampf gegen Aids

umsetzen, steigt in Albanien die Zahl der HIV/Aids-Infizierten, v.a. unter Frauen.

75 % der Infizierten gaben an, sich im Ausland infiziert zu haben.

Dabei betonten sie, dass die Rolle der Medien sowohl bei der Aufklärung als auch im Kampf gegen die Diskriminierung betroffener Personen sehr wichtig ist.

Gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass die Sensibilisierung von rückkehrenden Emigranten von grosser Bedeutung ist, Analysen durchführen zu lassen, falls der Verdacht auf HIV/Aids besteht. Die Zahl der freiwilligen HIV/Aids-Test ist relativ gering, in den ersten Monaten des Jahres 2005 lag sie bei 350.



Ismail Kadare: erster Träger des „Man Booker International Prize“

Der erste Preisträger des „Man Booker International Prize“ ist der albanische Schriftsteller Ismail Kadare.

Neben dem renommierten Booker Prize für englischsprachige Literatur wurde nun erstmals der International Booker Prize vergeben. Die einzige Bedingung: Die Werke der Autoren müssen auf Englisch erhältlich sein.

Jury-Vorsitzender John Carey ist sich sicher, bei der ersten Vergabe den richtigen Preisträger gefunden zu haben: „Ismail Kadare ist ein Autor, der eine Kultur komplett abbildet: Seine Geschichte, seine Leidenschaften, seine Folklore, seine Politik, seine Katastrophen. Er ist ein universeller Schreiber in der Tradition des Geschichtenerzählens, wie sie zurück bis auf Homer geht.“

In der engeren Auswahl der Jury waren bekannte Autoren wie Günter Grass, Gabriel García Marquez und Philip Roth.

Der Internationale Bookerpreis ist mit 60.000 Pfund (rund 85.000 Euro) dotiert und wird künftig alle zwei Jahre vergeben.

Schenkungsvertrag: Die Bundeswehr schenkt den albanischen Streitkräften 12 Hubschrauber

Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den ALB Streitkräften wird eine Delegation der EADS – European Aeronautic Defence and Space Company in der Zeit vom 28.06.-30.06.05 für Fachgespräche in Tirana weilen.

Neben dem Treffen mit der Führungsspitze des albanischen Verteidigungsministeriums wird der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Peter Annen, einen Schenkungsvertrag über 12 Verbindungshubschrauber Bo 105 mit der albanischen Seite unterzeichnen.

Diese Hubschrauber werden wesentlich zu einer Verbesserung des Leistungsprofils der albanischen Hubschrauberkomponente beitragen.

Die Bundeswehr unterstützt und begleitet die Albanischen Streitkräfte seit über 10 Jahren mit verschiedenen Programmen und hat sich als zuverlässiger Partner für Albanien gezeigt. Mehr als 20 Mio. aus dem Haushalt der Bundeswehr halfen bei der Ausbildung von Offizieren und Unteroffizieren, bei der Umstrukturierung der Einheiten, bei der logistischen Versorgung und nicht zuletzt im Friedenseinsatz SFOR/EUFOR.

In einer Periode großer Anstrengungen im Reformprozess der Streitkräfte ist die Übergabe der Hubschrauber Bo 105 nicht nur Symbol unserer gewachsenen Beziehungen, sondern auch aktive Hilfe für die mittelfristige Umrüstung auf Hauptwaffensysteme mit NATO-Standards.

Mit der neuen Hubschrauberkomponente tragen die Luftstreitkräfte wesentlich zur Erlangung der Teilfähigkeiten Luftraumüberwachung, unbewaffneter Such- und Rettungsdienst sowie Grenzschutz bei.

Die heute beginnenden Gespräche der EADS, der ein weltweit führender Anbieter in der Luft- und Raumfahrt, im Verteidigungsgeschäft und den dazugehörigen Dienstleistungen ist, sind ein Meilenstein in der bilateralen Kooperation unserer bei-

Codex Purpureus Beratinus in Memory of the World- Liste der UNESCO aufgenommen



Die Codices Beratini ("Beratinus 1", datiert aus dem 6. Jh., und "Beratinus-2" aus dem 9. Jh.), auf purpurnem Pergament geschriebene Handschriften des Matthäus- und Markus-Evangeliums, sind in das Weltokumentenerbe der UNESCO, die „Memory of the World“-Liste aufgenommen worden. Zwei der "purpurnen Codices" werden in Albanien aufbewahrt, zwei in Italien und jeweils einer in Frankreich, England and Griechenland.

"Beratinus-1" – stammt aus dem 6. Jh. und ist ein in einzigartigem handgeschriebenem Majuskeln verfaßtes Evangelium. Es stellt eins der drei oder vier ältesten Archetypen des Neuen Testaments dar und markiert einen wichtigen Referenzpunkt für die biblische und liturgische Literatur in der Welt. "Beratinus-2" – stammt aus dem 9. Jh., was den Stil und das Alter anbelangt, so ist er vergleichbar mit dem Griechischen Codex 53 (Sankt Petersburg). Es enthält die vier vollständigen Evangelien.

Alarmierende Zahl: 60 % der Albaner leben in Armut

Einem Bericht der UNDP zufolge leben 60 % der Albaner in Armut. Nora Malaj, Vorsitzende der „Al-

banischen Gesellschaft für alle Altersgruppen" hat sich in einem Aufruf über die Medien an alle staatlichen Institutionen gewandt und diese aufgefordert, Maßnahmen zur Verringerung dieses Phänomens zu treffen. Den Angaben zufolge lebt ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, ca. 780.000 AlbanerInnen, von lediglich 4.891 Lek (rd. 40) im Monat.

Besonders ausgeprägt ist diese extreme Armut in den ländlichen Gebieten Albanien, wo 29,6 % unterhalb der Armutsgrenze leben, gegenüber 21 % in den Städten.

Vor dem neuen Schuljahr in Tirana: 700 BewerberInnen für 100 freie Lehrerstellen

Rund 700 arbeitslose LehrerInnen haben sich in der Bezirksdirektion für Bildung in Tirana einem Auswahlverfahren für eine von ca. 100 freie Lehrerstellen unterzogen. Zunächst stand eine schriftliche Prüfung auf dem Programm, bei der u.a. Fragen zur Erarbeitung des Unterrichtsprogramms beantwortet werden mussten. Im zweiten Teil mussten sich diejenigen, die die schriftliche Prüfung erfolgreich absolviert hatten, in einer mündlichen Prüfung Fragen zu Fachcurricula, zur Unterrichtsdidaktik und zu verschiedenen sozialen Problemstellungen stellen. Eine aus rund 20 Mitgliedern bestehende Kommission unter Leitung von Majlinda Keta, der Direktorin der Bildungsdirektion von Tirana, traf anschließend die Auswahl unter den KandidatInnen, die teilweise LehrerInnen aus anderen Bezirken mit langjähriger Berufserfahrung waren.

Über die tatsächliche Zahl der BewerberInnen für dieses Schuljahr lagen keine genauen Angaben vor, sie dürfte noch höher als 700 liegen, da praktisch täglich neue Bewerbungen von LehrerInnen eingehen, die eine Lehrerstelle in Tirana suchen.

Parlamentswahlen 2005 in Albanien

Gespaltene Linke überlässt geeinter Rechter die Macht

Nach 1991, 1992, 1996, 1997 und 2001 hatten die Albaner am 3. Juli 2005 zum sechsten Mal seit dem Ende des Einparteiensystems Gelegenheit, ihre Volksvertretung, den Kuvend, zu wählen. Diesen Termin hatte Präsident Alfred Moisiu nach längeren Auseinandersetzungen erst am 25.4.2005 festgesetzt.

Ausgangsbedingungen

Die Wahl 2005 war von den europäischen Institutionen frühzeitig zum Prüfstein für die Reife des Landes für Beitrittsverhandlungen mit der EU erklärt worden. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hatte schon am 29.4.2004 eine derartige Erklärung abgegeben. Die EU legte im März und im September 2004 sehr skeptische Berichte vor, die Albanien schwere Mängel auf dem Weg nach Europa bescheinigte. Regierung und Opposition hielten diese Einschätzung für berechtigt, warfen aber jeweils der Gegenseite vor, am schlechten Image des Landes Schuld zu sein.

Der neue NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer traf am 26./27.5.2004 in Tirana mit Moisiu und Nano zusammen und erklärte seine Unterstützung für Albanien Beitritt zur NATO. Der NATO-Gipfel in Istanbul am 28.6.2004 verständigte sich nicht auf ein konkretes Beitrittsdatum für Albanien, Kroatien und Makedonien.

Ein am 4.6.2004 veröffentlichter Bericht der Versammlung der Westeuropäischen Union bescheinigte Albanien unzureichende Fortschritte seit 1999 und machte die dominie-

rende Rolle der Parteichefs von PSSH und PD, Fatos Nano und Sali Berisha, dafür hauptverantwortlich.

Wahlrecht

Es gehört zu den Krankheiten der jungen albanischen Demokratie, dass die politischen Kräfte sich nicht dauerhaft auf ein Wahlrecht einigen können. Vor ausnahmslos jeder Parlaments- und Kommunalwahl wurden durch die jeweilige Parlamentsmehrheit Änderungen am Wahlgesetz vorgenommen. Durch Vermittlung der internationalen Gemeinschaft konnte in den letzten Jahren in grundsätzlichen Fragen wenigstens eine Annäherung erzielt werden.

Die Grundzüge des Wahlrechts wurden in Art. 64 der Verfassung von 1998 festgeschrieben: Albanien hat ein Ein-Kammer-Parlament mit 140 Sitzen, die in einem gemischten Wahlsystem besetzt werden, 100 in Ein-Mann-Wahlkreisen mit annähernd gleicher Wählerzahl nach dem Mehrheitswahlrecht, 40 werden nach dem Verhältniswahlrecht (das Wahlgesetz sieht die Berechnung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren vor) auf die Landeslisten der Parteien bzw. der gemeinsamen Listen mehrerer Parteien verteilt, die die Sperrklausel von 2,5 % bzw. 4 % überwunden haben; dabei sind die erzielten Direktmandate gegen die Listenmandate zu verrechnen. (Das schließt eine Wahlrechtsänderung aus, wie Berisha sie 1996 durchsetzte, die der PD mit 55,5 % der Stimmen 87,1 % der Mandate verschaffte, weil diese Verrechnung nicht stattfand.)

Bei der Wahl 2001 waren insbesondere zwei Praktiken umstritten:

- der nach heftigen Debatten aufgegebene Versuch, Wahlkreisandidaten als „Unabhängige“ zu deklarieren, um sie nicht gegen die Listenmandate anrechnen zu müssen, und
- das taktische Votieren der sozialistischen Wähler bei einer Nachwahl in einem Wahlkreis bei Lushnjë („Dushku“), durch das drei kleineren Koalitionspartnern insgesamt neun Mandate verschafft wurden.

Obwohl taktisches Wählen bzw. der Aufruf dazu nicht illegal sind, erregte dieses Verfahren Widerspruch im In- und Ausland. Die ausländischen Wahlbeobachter äußerten Kritik und konstatierten überwiegend, dass der Sieg der Koalition nicht angezweifelt werden könne, wohl aber sein Ausmaß. Für die Wahl des Präsidenten wurde der Regierung eine Konsensfindung mit der Opposition dringend ans Herz gelegt, der schließlich in der Person Alfred Moisius gefunden wurde.

Bereits für die Kommunalwahl am 12.10.2003 wurde das Wahlrecht neu kodifiziert. Die wichtigste Änderung war die Abschaffung der Stichwahl für die Direktwahl sowohl der Bürgermeister als auch der Abgeordneten; gewählt war, wer die einfache Mehrheit errang. Dies schadete der Koalition in vielen

Fällen, die bei der Bürgermeisterwahl getrennt marschierte und in vielen Gemeinden getrennt besiegt wurde, da die Korrekturmöglichkeit im zweiten Wahlgang weggefallen war. In absoluten Zahlen verloren die Sozialisten aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung von nur 45,8 % gegenüber der letzten Kommunalwahl rund 170.000 Wähler, die PD immerhin 70.000. Die Koalition kam noch auf eine knappe absolute Mehrheit.

Die kleineren Parteien trafen mit ihren Forderungen nach einem

stärkeren Proporzwahlrecht bei den beiden Großen auf taube Ohren.

Schon am 10.1.2005 folgte eine neue umfassende Novelle, die mit breiter Mehrheit (92:10 Stimmen bei 5 Enthaltungen) verabschiedet wurde; die kleinen Parteien fürchteten um ihre Kontrollrechte und stimmten dagegen. Sie betraf die Arbeitsweise der Wahlorgane, schuf klarere Verantwortlichkeiten für die Erstellung der Wählerlisten, sicherte das Auszählungs- und Kontrollverfahren ab, um Unklarheiten und damit Streitigkeiten einzuschränken,

und setzte die Grundsätze für die Neuzuschneidung der Wahlkreise fest, bei den Abweichungen nur noch bis zu 10 % zulässig sein sollten. 2001 lebten im kleinsten Wahlkreis rund 19.000 Wahlberechtigte, im größten ca. 26.900. Nachdem das Verfassungsgericht auf Klage der Sozialdemokraten die Einteilung allein aufgrund der Wählerzahlen bei der Kommunalwahl von 2003 verworfen hatte, wurden die Wahlkreise durch Gesetz vom 3.3.2005 neu zugeschnitten.

Tabelle 1: Wahlkreise

Bezirk	Wahlkreise	kleinste Zahl an angenommenen Wahlberechtigten	größte Zahl an angenommenen Wahlberechtigten	Differenz
Shkodra	1 – 9	19.955	24.610	4.655
Kukës	10 – 12	25.545	25.858	313
Lezha	13 – 17	22.148	25.013	2.865
Dibra	18 – 22	25.266	27.476	2.210
Durrës	23 – 30	21.849	24.702	2.853
Tirana (Stadt und Land)	31 – 50	20.443	26.661	6.218
Elbasan	51 – 61	20.845	25.597	4.752
Fier	62 – 73	20.857	25.862	5.005
Berat	74 – 79	21.713	25.828	4.115
Korça	80 – 88	22.052	24.498	2.446
Gjirokastra	89 – 92	22.358	24.562	2.204
Vlora	93 – 100	17.921	25.254	7.333
insgesamt	1 – 100	17.921	27.476	9.555

Quelle: Fletorja Zyrtare (2005) 12

Es gibt also je einen Wahlbezirk mehr im Norden (Shkodra) und im Zentrum (Tirana) auf Kosten des Südens (Berat und Vlora). Noch am 21.12.2004 hatte die Regierungsmehrheit im Rechtsausschuss des Parlaments den Entwurf einer neuen Wahlkreiseinteilung ab, der von der Zentralen Wahlkommission erstellt wurde, da sie fürchtete, dass diese Aufteilung der traditionell im Norden starken PD nützen, der im Süden dominierenden PSSH schaden würde. Am 25.2.2005 gab sie auf internationalen Druck hin ihren Widerstand auf.

Nach der neuen Einteilung, die Siedlungs- und Bezirksgrenzen und andere Faktoren zu berücksichtigen hat, wird die Maxime noch stärker als 2001 verletzt, dass Abweichungen vom rechnerischen Schnitt von 23.369 Wählern um mehr als 10 % nicht vorkommen sollen. 2001 lag die Differenz zwischen dem kleinsten und dem größten Wahlkreis bei 7.799 Wahlberechtigten, jetzt bei

9.555. Der kleinste Wahlkreis (Nr. 99: Saranda-Ksamil) umfasst nur 17.921 Wähler (Abweichung – 23,3 %), der größte (Nr. 22: Kastriot u.a.) 27.476 Wähler (+ 17,6 %). Bei dem kleinen Wahlkreis 99 handelt es sich rein zufällig um den des bisherigen Ministerpräsidenten Nano.

Gespaltene Linke

Das Parteiensystem hat sich seit 2001 deutlich verändert: Auf der linken Seite des Parteienspektrums haben sich außer der PAA des ehemaligen Landwirtschaftsministers Luter Xhuveli alle Parteien gespalten:

1. Die PSD, die 2001 als einziger Partner der PSSH die 2,5 %-Hürde problemlos übersprungen hatte, zerstritt sich über den Führungsstil des Vorsitzenden Skënder Gjinushi und um das Verhalten innerhalb der Koalition; so hatte Gjinushi die konsensuale Wahl Moisius nicht mitgetragen. Der frühere Generalsekretär der Partei und

Außenminister (1997-2001) Paskal Milo gründete im Frühjahr 2003 mit seinen Anhängern die Partei Soziale Demokratie Albaniens (Partia Demokratia Sociale e Shqipërisë, PDSSH), die bei den Kommunalwahlen am 12.10.2003 mit 2,9 % einen Achtungserfolg erreichte. Die PDSSH blieb, auch ohne Ministerien zu besetzen, Bestandteil der Koalition. Die Auseinandersetzungen um Gjinushi hielten dennoch an. Der frühere Generalsekretär Gaqo Apostoli scheiterte auf dem 4. Parteitag am 13./14.11.2004 mit seiner Gegenkandidatur und zog sich aus der Führung zurück; am 31.1.2005 verließ er die Fraktion und kündigte die Gründung einer innerparteilichen Reformbewegung an.

2. Die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern Nanos und Metas mündeten in die erste ernst zu nehmende Spaltung der Sozialisten. Am 29.4.2004 verlangte Metas Unterstützer Spartak Braho ultimativ eine Regierungsumbildung, andern-

falls würden Metas Anhänger in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten nominieren. Insbesondere innerhalb der Parlamentsfraktion eskalierte die Auseinandersetzung. Durch Abwesenheit oder abweichendes Stimmverhalten erlitt die Regierung immer häufiger Niederlagen; eine Neubesetzung des vakanten Außenministeriums scheiterte in mehreren Anläufen an der Obstruktion der Meta-Anhänger.

Nano setzte sich personell und satzungsrechtlich auf dem 6. Parteitag der PSSH am 13./14.12.2003 durch; Abweichlern im Parlament wurde mit dem Ausschluss aus Fraktion und Partei gedroht. Seine Gegner warfen ihm vor, die Wahl der Parteitagsdelegierten beeinflusst zu haben. Meta erhob öffentlich schwere Korruptionsvorwürfe gegen Nanos Regierung und kündigte am 1.6.2004 öffentlich die Gründung einer neuen Partei an, während Nano gleichzeitig regierungskritischen Parteimitgliedern die Kandidatur bei der Parlamentswahl verwehren wollte. Seine Anhänger organisierten sich unter dem Namen „Sozialistische Integrationsbewegung“ (Lëvizja Socialiste për Integrim, LSI). Der populärste Politiker der Sozialisten, der Bürgermeister von Tirana Edi Rama, der auf dem Parteitag gegen Nano kandidiert hatte, aber mit 41 gegen 456 Stimmen sowie 61 Stimmen für den früheren Präsidenten Meidani unterlegen war, machte sich derweil zum Advokaten der Einheit der Partei und verweigerte Meta die Unterstützung. Er setzte sich damit zwischen alle Stühle und verfehlte am 26.6.2004 sogar die Wahl in den Bezirksvorstand seiner Partei in Tirana. Nanos Leute drohten am 5.7.2004 mit vorgezogenen Neuwahlen, was Meta die Chancen für einen Parteaufbau verdorben hätte; dafür fanden sie keine Unterstützung bei der PD. (Das Parlament hat kein Selbstauflösungsrecht; nur beim Scheitern der Präsidentenwahl oder der Regierungsbildung kann es aufgelöst werden.) Am 6.9.2004 gab Meta die Umwandlung seiner LSI von einer innerparteilichen Fraktion in eine gleichnamige Partei bekannt. Neun PSSH-Abgeordnete bildeten eine

eigene Fraktion; damit verlor die PSSH die absolute Mehrheit. Die Partei gründete am 23.9.2004 einen Jugendverband namens „Jugendbewegung für Integration“ (Lëvizja Rinore për Integrim, LRI). Am 5./6.4.2005 bestätigte der 1. Parteitag der LSI Meta als Vorsitzenden und den zurückgetretenen Botschafter in Rom, Pëllumb Xhufi, als Stellvertreter. Bei dieser Gelegenheit sprach der Generalsekretär und Fraktionsvorsitzende der PSSH, Gramoz Ruçi, erstmals von der Perspektive einer Koalition nach den Wahlen.

3. Die PBDNJ und der griechische Minderheitenverband OMONIA, aus dem die Partei 1991 hervorgegangen war, waren in der Frage eines weiteren Verbleibs in der Koalition zerstritten. Trotz deutlicher Verbesserungen ist Minderheitenpolitik in Albanien noch immer ein sensibles Thema. Die Vorlage eines in internationaler Kooperation erarbeiteten demographischen Atlas mit einem berechneten Minderheitenanteil von 10,5 % (statt der in der Vergangenheit in den Statistiken ausgewiesenen 2 %, bei denen weder die Roma u.a. „Zigeuner“ noch die Aromunen veranschlagt wurden) führte zu heftigen Polemiken in der Presse und zu personellen Konsequenzen für den albanischen Projektleiter Dhimitër Doka.

Die OMONIA warf dem Staat im September 2004 vor, zu wenige Schulen und Klassen für die Minderheit einzurichten, und forderte die Wiedereröffnung der griechischen Schule in Himara, die 1946 geschlossen wurde. Das Bildungsministerium entgegnete, dass die griechischen Klassen unverhältnismäßig kleiner seien als die albanischen; daher müsse es Zusammenlegungen geben.

Immerhin wurde im April 2005 in Korça in Anwesenheit der Bildungsminister Albanien und Griechenlands, Luan Memushi und Marietta Janakou, und des orthodoxen Erzbischofs Anastasios Janullatos die erste zweisprachige griechisch-albanische Privatschule eröffnet.

Die Propaganda griechischer Nationalisten, aber auch Auftritte grie-

chischer Politiker in Himara in den Wahlkämpfen 2001 und 2003 haben zu Polemiken geführt, die in keinem Verhältnis zum jeweiligen Anlass stehen. Auch sportliche Begegnungen bergen das Risiko nationalistischer Exzesse in beiden Ländern, wie die Spiele der Qualifikationsrunde zur Fußballweltmeisterschaft 2006 erneut bewiesen haben.

Illegal in Griechenland lebende Albaner und albanische Kriminelle sind Dauerthema in den griechischen Medien. Nach griechischen Angaben waren im September 2004 1.845 von insgesamt 8.541 Häftlingen Albaner, also 21,6 %. Zur Entlastung der eigenen Justizvollzugsanstalten kündigte der griechische Justizminister Anastasios Papaliguras an, sein Land werde den Bau einer Justizvollzugsanstalt in Albanien finanzieren.

Das offizielle Albanien hat in letzter Zeit der Frage der muslimischen Albaner wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet, die nach dem II. Weltkrieg aus Griechenland vertrieben wurden (sog. Çamen). Vertreter von deren Vertriebenverband „Çamëria“ wurden am 12.1.2004 vom Präsidenten empfangen. Eine Parlamentsresolution zur Unterstützung seiner Forderung nach Entschädigung durch den griechischen Staat stellte besonders die Sozialisten vor das Dilemma, entweder wichtige Wähler zu verprellen oder die für Albanien lebenswichtigen Beziehungen zu Griechenland zu belasten, das eine solche Entschließung als Affront betrachtete. Gespräche zwischen den Ministerpräsidenten Nano und Karamanlis am 5.5.2004 kamen über Absichtserklärungen zur Prüfung der Frage nicht hinaus.

Ein Besuch des griechischen Staatspräsidenten Konstantinos Stefanopoulos trug eher zur Eskalation bei. Die Behörden verboten eine Protestdemonstration des Verbandes „Çamëria“. Stefanopoulos erklärte, er halte die çamische Frage für nicht existent, und solidarisierte sich zugleich mit den Forderungen der griechischen Minderheit, deren Erfüllung Voraussetzung für einen EU-Beitritt Albanien seien müssten, und verwendete den umstrittenen Begriff „Nordepirus“.

Die Gegner der Koalition mit der PSSH setzten auf einer Konferenz der OMONIA am 28.9.2004 eine Entschließung zur Aufkündigung des Bündnisses und zu Gesprächen mit der PD durch. PBDNJ-Chef Vangjel Dule lehnte dies ab. Daraufhin spalteten sich zwei der drei PBDNJ-Abgeordneten als „Bewegung für die Rechte und Freiheiten des Menschen“ (Lëvizja për të Drejtat dhe Liritë e Njeriut, LDLNJ) ab, deren Vorsitz der Abgeordnete Ligoraq Karamelo übernahm..

4. Die 1992 von liberalen Kritikern des Vorsitzenden der Demokratischen Partei Albaniens (Partia Demokratike e Shqipërisë, PD), Sali Berisha, gegründete Demokratische Allianz (AD) ist praktisch zerfallen. Mehrere Exponenten sind in die PD zurückgekehrt und kandidierten für sie. Nur der Parteipräsident und Spitzenkandidat Neritan Ceka ist von den ehemaligen Prominenten übrig geblieben.

Die Nominierung der Kandidaten und die Zusammensetzung der Landeslisten sind in allen Parteien sehr zentralisiert. Innerhalb der PSSH gab es erfolglose Widerstände gegen zehn Kandidaten, darunter mehrere frühere Minister sowie den derzeitigen Bildungsminister Luan Memushi, der als Hauptverantwortlicher für den desaströsen Zustand des Schulwesens gilt und mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert wurde.

Die sozialistische Führung war an einem Wahlkampfabkommen mit ihren Koalitionspartnern (über die Besetzung der Landeslisten hinaus) erstaunlich desinteressiert, selbst als klar war, dass die Abspaltung der LSI ihre Kandidaten in vielen Wahlkreisen entscheidend gefährden würde. Sie traf Absprachen mit der PD über die Besetzung der Wahlkommissionen, ohne die Interessen der kleinen Parteien zu berücksichtigen. Erst nachdem diese ihre Wahlkreiskandidaten nominiert hatten, appellierte sie an ihre Partner, diese aussichtslosen Bewerber zugunsten des jeweiligen PSSH-Kandidaten zurückzuziehen, was auf Ablehnung stieß. Die PSD ließ sich gerade noch dazu herbei, ihren Kandidaten in Nanos Wahlkreis Saranda zurückzuziehen.

(Fast) geeinte Rechte

Auf der rechten Seite hat sich die Spaltungstendenz früherer Jahre (von bedeutungslosen Absplitterungen abgesehen) nicht fortgesetzt. Sali Berishas Strategie zielte wie schon 2001 darauf ab, die Rechte in einer möglichst festen Wahlallianz unter Führung der PD zu einigen, um den Sozialisten möglichst viele Direktmandate abzunehmen und zugleich zu verhindern, dass die kleinen Rechtsparteien bei eigener Kandidatur an der 2,5 %- Hürde scheiterten.

Noch im November 2004 sah es so aus, dass die PR als einzige im Oppositionsbündnis verbleiben würde. Statt sich einer Dominierung durch die PD zu unterwerfen, gab es für die Rechtsparteien eine neue Option: Am 29.5.2004 gründete Leka Zogu, der Sohn des früheren Königs Ahmet Zogu und Aspirant auf den albanischen Thron, eine „Bewegung für Nationale Entwicklung“ (Lëvizja për Zhvillim Kombëtar, LZHK), mit der er dem Ziel eines ethnischen Großalbanien näher kommen und 2005 an den Wahlen teilnehmen wollte. (Für den Wahlkampf erweiterte sie ihren Namen in: „Bewegung für Nationale Entwicklung – Leka I. Zogu“.) Er wollte damit offenbar an den Erfolg des bulgarischen Exkönigs Simeon II. anknüpfen, der 2001 mit seiner „Nationalen Bewegung Simeon II.“ aus dem Stand die Parlamentswahlen gewonnen hatte und bis 2005 als Ministerpräsident amtierte.

Die königliche Familie war erst 2002 endgültig aus dem Exil heimgekehrt; Lekas Mutter, Exkönigin Geraldina, war noch im selben Jahr gestorben; auch seine Frau Suzana (die gebürtige Australierin Susan Cullen Ward) starb 2004. Eine Aufwertung des früheren Königs und seiner Familie ist unübersehbar. Bereits in den 90er Jahren hatte die damalige konservative Mehrheit im Stadtparlament von Tirana den Boulevard zwischen dem Skanderbeg-Platz und dem Bahnhof (vor 1990: Stalin-Boulevard) in „Boulevard Zogu I.“ umbenannt. Präsident Moisiu verlieh Geraldina im April 2004 posthum

den Mutter-Teresa-Orden für ihre humanitären Verdienste; dem ging ein interfraktioneller Antrag der Mitte-Rechts-Parteien voraus, der von 62 Abgeordneten unterstützt wurde. Auch der frühere sozialistische Ministerpräsident Meta nahm an der Feier teil. Die renovierte Gynäkologische Klinik in Tirana erhielt im Mai 2005 den Namen „Königin Geraldina“.

Der 66jährige Leka selbst ist augenscheinlich schwer krank, war aber entschlossen, Berisha die politische Führung auf der Rechten nicht zu überlassen. Am 22.1.2005 kündigte er an, die LZHK werde allein, ohne ein Wahlbündnis mit anderen Oppositionsparteien antreten. Leka lehnte auch eine Koalitionsaussage zu Gunsten der PD ab.

Die LZHK vertritt ein hartes populistisches Programm (z.B. Wiedereinführung der auf internationalen Druck abgeschafften Todesstrafe) und brüskiert die internationale Gemeinschaft durch offene Sympathie für militante albanische Untergrundbewegungen in Kosovo, Makedonien u.a. Neben der inneren Sicherheit stehen die Stärkung des Eigentums und Steuersenkungen im Mittelpunkt ihrer Agitation.

Doch mit dem Herannahen des Wahltermins gelang es Berisha, Leka Zogu den größten Teil der Opposition wieder abspenstig zu machen. Die LZHK wurde als Parteienkoalition (für die eine Sperrklausel von 4 % gilt) bei der Zentralen Wahlkommission registriert; als Bestandteile sind nur noch die monarchistische Traditionspartei aus dem II. Weltkrieg, die Legalitätsbewegung (Partia Lëvizja e Legalitetit, PLL) von Eqrem Spahiu, die gleichfalls monarchistische Konservative Partei (Partia Konservatore, P.Kons.) von Armando Ruço und die Erneuerte Demokratische Partei (Partia Demokratike e Rinovuar, PDRn) von Dashamir Shehi geblieben. Personelle Verstärkung erhielt das Bündnis durch acht frustrierte PD-Politiker und zwei bisherige Republikaner, die auf dem Parteitag am 23./24.4.2005 in Tirana und den anschließenden Gremienwahlen und Nominierungen ihre Positionen verloren.

Berisha hingegen gelang es, auf diesem Parteitag seine politische Basis zu sichern und zu erweitern. Er wurde mit 700 gegen 27 Stimmen bei 14 Enthaltungen als Vorsitzender bestätigt und kündigte zugleich an, nach einem Wahlsieg selbst das Amt des Regierungschefs übernehmen zu wollen. Bei den Wahlen zum 134köpfigen Nationalrat (erweiterter Parteivorstand) kehrten einige frühere Mitglieder der AD in die Leitung ihrer ursprünglichen Partei zurück, darunter Genc Ruli, Gramoz Pashko und Preç Zogaj; der frühere AD-Vorsitzende Arben Imami scheiterte allerdings. Der Nationalrat wählte am 2.5.2005 aus 50 Bewerbern den engeren Parteivorstand mit 24 Mitgliedern, darunter 6 Frauen.

Bereits am 26.4. begann Berisha damit, mit den kleineren Mitte-Rechtsparteien Wahlbündnisse zu schmieden.

Anders als 2001 wurde keine gemeinsame Landesliste gebildet, aber die PD ließ Politiker der kleinen Parteien in aussichtsreichen Wahlkreisen auf dem Ticket der PD kandidieren; dafür verzichteten die kleinen Parteien in den übrigen Wahlkreisen auf eigene Bewerber. Die PD reichte eine eigene Landesliste ein, ebenso die kleinen Gruppierungen, die sich als Listenverbindung „Allianz für Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand“ (Aleanca për Liri, Drejtësi e Mirëqenie, ALDM) registrieren ließen, der folgende Parteien angehörten:

- die PDR von Genc Pollo,
- die PR von Fatmir Mediu,
- die Christdemokratische Partei (Partia Demokristiane, PDK) des Herausgebers der Zeitung „Koha Jonë“, Nikollë Lesi,
- die BLD von Teodor Laço,
- die Partei Demokratische Nationale Front (Partia Balli Kombëtar Demokrat, PBKD) von Artur Roshi,
- die Albanische Demokratische Union (Bashkimi Demokrat Shqiptar, BDSH) von Ylber Valteri und
- die LDLNJ von Ligoraj Karamelo.

Die Partei Nationale Front (Partia Balli Kombëtar, PBK) von Adriatik Alimadhi (eine der konservativen Bewegungen aus dem II. Weltkrieg) brachte die für eine Beteiligung an diesem Bündnis erforderlichen Unterschriften nicht bei.

Bereits am 17.5.2005 stellte die PD die endgültige Liste ihrer 100 Wahlkreisandidaten vor, unter denen sich nur drei Frauen befanden. In je drei Wahlkreisen kandidierten auf ihrem Ticket Mitglieder der PDR und der PR, in je zwei der PDK und der BLD, in einem der PBKD. Behar Sadiku, der Vorsitzende des Ägypter-Verbandes „Nefreta“, wurde auf die PD-Landesliste genommen. (Die Ägypter gelten als Gruppe der Roma, verstehen sich selbst aber nicht als solche.)

Weitere Kräfte konnten nicht mit Erfolgen rechnen. Von 57 Parteien, die die Einreichung von Listen beantragt hatten, ließ die KQZ am 5.6.2005 nur 27 übrig. Die übrigen hatten die erforderlichen 7.000 bzw. 10.000 Unterstützungsunterschriften nicht eingereicht, die im Parlament bisher nicht vertretene Parteien vorlegen müssen, bzw. hatten sie gefälscht; sie konnten allerdings Direktkandidaten aufstellen.

Als von vornherein chancenlos galten die gespaltenen kommunistischen Traditionalisten wie die Kommunistische Partei Albaniens (Partia Komuniste e Shqipërisë, PKSH) von Hysni Milloshi und die Partei der Arbeit Albaniens (Partia e Punës e Shqipërisë, PPSH) von Xhevdet Pataj (eine dritte Gruppierung, die PKSH – 8. November von Preng Çuni, verpasste die Zulassung).

Auch im ökologischen Spektrum ist in Albanien trotz gravierender Probleme nicht viel zu holen. Die Agrarpartei hat mit ihrer Umbenennung in PAA versucht, auch diese schmale Wählerschicht zu erreichen. Die Albanische Grüne Liga (Lidhja e Blertë Shqiptare, LBSH) genoss allerdings eine gewisse Aufmerksamkeit, weil ihre Vorsitzende Brixhida Kokëdhima mit dem Herausgeber der Tageszeitung

„Shekulli“, Koço Kokëdhima, verheiratet ist. Diese Zeitung hatte die Regierung im Sommer 2004 heftig wegen eines Vertrags mit einem Müllentsorgungsunternehmen zum Import von Abfall aus Italien und der thermischen Vernichtung in einer noch zu bauenden Anlage an der Bucht von Vlora angegriffen. Das Blatt kritisierte das Projekt als ökologisch wie ökonomisch nachteilig für Albanien und vermutete Korruption. Es griff auch eine Erdölkonzession für die italienische Firma „Petrolifera Italo-Rumena“ an, die für einen symbolischen Preis von 1 18,4 Hektar Boden in der Bucht von Vlora zum Bau eines Terminals sowie Steuer- und Zollfreiheit erhielt und in einem Umfang von 30 Mio. \$ investieren wollte.

Die linksnationalistische Partei der Nationalen Einheit (Partia e Unitetit Kombëtar, PUK) des Idajet Beqiri kandidierte mit drei linken Splitterparteien auf einer gemeinsamen Liste „Parteien des Sozialen Spektrums und PUK“ (Partitë e Spektrit Social dhe PUK). Sie war früher mit der PSSH verbündet, hat sich mit ihr aber überworfen, da die Regierung keine großalbanischen Ambitionen unterstützt und wiederholt Führer militanter albanischer Bewegungen wie der Albanischen Nationalen Armee (Armata Kombëtare Shqiptare, AKSH) in Makedonien festgenommen hatte. Beqiri firmiert als Sekretär der FKBSH, des politischen Daches der AKSH und wurde im Dezember 2003 aufgrund eines albanischen Haftbefehls wegen Terrorismusverdacht festgenommen. Er wurde nach seiner Auslieferung im Juli 2004 in einem abgekürzten Verfahren wegen Volksverhetzung zu 18 Monaten Haft verurteilt und bereits im August 2004 freigelassen.

Nur um Erststimmen durfte sich wegen fehlender Unterschriften das Bündnis „Demokratische Bewegung für Integration“ (Lëvizja Demokratike për Integrim, LDI) bewerben, das den Namen der LSI imitiert; es bestand aus fünf unbedeutenden Mitte- und Rechtsparteien, die 2001 – soweit sie kandidierten – zusammen ca. 0,4 % erzielten.

Religiöse Parteien sind grundsätzlich nicht zugelassen. Im April 2004 hatte das Kreisgericht Tirana den Antrag des Imams von Shkodra, Artan Shaqiri, auf Zulassung der Mutterlandspartei (Partia Mëmëdheu) abgelehnt; sie sei islamisch und trete für Forderungen ein, die mit dem laizistischen Charakter des Staates unvereinbar seien.

Wahlkampf

Die Programmatik der wichtige-

ren Parteien unterscheidet sich nicht grundsätzlich. Das verbale Bekenntnis zur europäischen Integration und zum demokratischen Rechtsstaat ist allen gemeinsam. Ohne Rücksicht auf die Finanzierbarkeit versprechen alle Parteien den Abbau der Arbeitslosigkeit, die Hebung des Lebensstandards, der Einkommen und der Renten, Verbesserungen in der Infrastruktur und im Bildungswesen und eine schnelle europäische Integration. Die Forderung nach Erhöhung der Staatseinnahmen

steht neben der nach Steuersenkungen. In der Korruption sieht jede Seite das moralische Versagen der gerade Regierenden, aber kein strukturelles Problem. Wegen dieser inhaltlichen Konvergenz steht die Anprangerung von Missständen und die Schuldzuweisung an den Gegner im Mittelpunkt der Kampagnen.

Berisha wies Angriffe wegen seines politischen Scheiterns 1997 zurück. Die PD-Regierung zwischen 1992

Tabelle 2: Programmatische Schwerpunkte der Parteien im Wahlkampf

Thema	PSSH	LSI	PD	PR	LZHK
Steuern und Abgaben	gegen Erhöhungen		Vereinfachung und Senkung		Senkung und konsequente Beitreibung
Verwaltung		Unabhängigkeit der Verwaltung	Dezentralisierung, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung		Dezentralisierung, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung
Eigentum		Legalisierung illegaler Bauten	Entschädigung für Beschlagnahmen durch das kommunistische System	Förderung des Eigentums; Rückgabe oder Entschädigung	
Landwirtschaft	Förderung des Dorfes	Steuerliche Subventionierung der Landwirtschaft	Anreize, um Stadtflucht zu verhindern		Steuerbefreiung bis 2009
Wirtschaft		Förderung des Wettbewerbs, Abbau von Monopolen	Stärkung des Kreditwesens		Tarifautonomie
Korruption			umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung		Bekämpfung
Bildung	erste Priorität	Bildungsreform, Qualitätssteigerung			Bildungsreform, Qualitätssteigerung
Gesundheit	staatlicher Versorgungsauftrag	staatlicher Versorgungsauftrag		Ausbau des Gesundheitswesens	Reformen, Kampf gegen Korruption
Infrastruktur	bessere Versorgung mit Wasser, Strom und Wohnraum; Ausbau von Verkehr und Kommunikation	Stromversorgung ohne Einschränkungen			
Umwelt	umfassende Investitionen	Ökonomische Bedeutung einer gesunden Umwelt			Vereinbarkeit mit Wirtschaft
Soziales		Anhebung der Minimalrenten; Maßnahmeplan zur Förderung von Kindern		Förderung von Familien, sozial Schwachen und Alten;	Förderung der früher Verfolgten
Rechtsstaat	Wahrung der Grundrechte	Wahrung der Grundrechte, Umsetzung der Gesetze		Gleichstellung härtere Strafen	Referendum über Staatsform
Europa		Freizügigkeit		Freizügigkeit	Freizügigkeit Sicherheit auf dem Balkan

und 1997 war seiner Ansicht nach eine der erfolgreichsten in ganz Osteuropa; außer einer gewissen „Toleranz“ gegenüber den Pyramidengesellschaften (Anlagefonds) habe er nichts falsch gemacht. Die Inhaftierung des damaligen

Oppositionsführers Fatos Nano sei gerechtfertigt gewesen. Er kündigte radikale Reformen im Justizbereich und in der Steuerpolitik nach seinem Wahlsieg an. Er schloss eine Koalition mit der LZHK aus und sah für die Präsidentschaftswahl 2007 die Möglichkeit

einer Absprache mit der LSI.

Umfragen

In der Vergangenheit waren Meinungsumfragen wenig belastbar, dennoch finden die relativ wenigen Umfragen ein starkes Medienecho.

Tabelle 3: Umfragen

Institut	Datum	PSSH	PD	LSI	LZHK	sonstige	unentschieden
National Democratic Institute	9.5.2005	34	42	11	4	9	--
Gallup London	1.6.2005	34	34	10	2	7	13
Gallup London	25.6.2005	34	35	10	3	9	9

Quellen: Tagespresse, www.mjaft.org

Die Umfragen durch das europäische Gallup-Institut (von dem sich die gleichnamige US-Firma distanzierte) wurden im Auftrag der unabhängigen Bürgerbewegung MJAFT! (Genug!) durchgeführt. Das in der Öffentlichkeit kaum reflektierte methodische Problem war, dass sie unbereinigt waren, dass also die Zahl derer, die unentschieden waren oder die Auskunft verweigerten, in die Gesamtsumme von 100 % eingingen.

Die Skepsis der Albaner hinsichtlich der Gesamtentwicklung ist groß und wächst weiter. Ende Juni sagten 38 % (Anfang Juni: 32 %), das Land entwickle sich in die falsche Richtung; die gegenteilige Position nahm von 38 % auf 34 % ab. Die Hälfte der Befragten fand die Politik der Regierung enttäuschend.

Die Motivation zur Wahlteilnahme war Ende Juni hoch: 72 % der Befragten bekundeten, immer zur Wahl zu gehen, nur 9 % sind grundsätzliche Nichtwähler. Ebenfalls 72 % hielten die anstehende Wahl für „außerordentlich wichtig“. 70 % waren sich sicher, weitere 19 % nahezu sicher, dass sie ihre Stimme abgeben würden; Anfang Juni lagen diese Werte nur bei 65 % und 17 %. 76 % gingen mit Sicherheit oder hoher Wahrscheinlichkeit von freien und fairen Wahlen aus. 55 % sind Stammwähler einer Partei, 64 % wählen grundsätzlich auch den Wahlkreisbewerber ihrer Partei. Nur 30 % konnten sich ein Splitting der beiden Stimmen vorstellen.

Als schwerwiegendstes Problem wurde die Arbeitslosigkeit von 56 % der Befragten benannt, gefolgt von der Korruption (44 %) und dem schlechten Lebensstandard (29 %).

Ende Juni erwarteten 40 % (Anfang Juni: 39 %) der Befragten einen Sieg der PD, 37 % (30 %) der PSSH und 9 % (8 %) der LSI. Die Linke hatte also hinsichtlich der Erwartung deutlich aufgeholt.

In der nur Anfang Juni gestellten Frage nach den populärsten Politikern schnitten die Parteichefs unter 22 Politikern mäßig bis schlecht ab: Berisha kam auf 49,1 %, Ilir Meta auf 44,7 %, Fatmir Mediu (PR) auf 43,6 %, Fatos Nano auf nur 41,9 %, Nikollë Lesi (PDK) auf 36,2 %, Genc Pollo (PDR) auf 34,5 %, Skënder Gjinushi (PSD) belegte mit 31,7 % den letzten Platz. Die Zustimmung einer Mehrheit der Befragten genossen Präsident Moisiu mit 52,7 %, die stellvertretende PD-Vorsitzende Jozefina Topalli mit 52,8 %, die sozialistische Ministerin Ermelinda Meksi mit 55,0 %, der frühere Präsident Rexhep Meidani (PSSH) mit 55,4 %, Verteidigungsminister und Ex-Premier Pandeli Majko (PSSH) mit spektakulären 65,2 %, und der Spitzenreiter ist der Bürgermeister von Tirana, Edi Rama (PSSH) mit 76,4 %.

Die Wahl

Der Urnengang am 3.7.2005 war von einigen gewalttätigen Zusammenstößen überschattet, bei dem ein Beobachter der PR in einem

Wahllokal in Tirana erschossen wurde. Dennoch werteten die Parteien und einheimischen NGO's die Wahl als Erfolg der Demokratie.

Die Wahlbeteiligung war nicht sehr hoch; eine exakte Zahl wurde bis Anfang September nicht veröffentlicht. Die Zahl der abgegebenen gültigen Zweitstimmen lag mit 1,37 Millionen nur geringfügig über der von 2001; das entsprach damals 55,6 %.

Wie immer erklärten sich beide große Lager nach der Schließung der Wahllokale zu Siegern und streuten vermeintlich gesicherte Daten über die Zahl der gewonnenen Wahlkreise. Internationale Beobachter, der Präsident, die Zentrale Wahlkommission u.a. appellierten, die Situation nicht aufzuheizen, sondern die offiziellen Daten abzuwarten.

Erst in der Nacht vom 5. auf den 6.7.2005 kristallisierte sich heraus, dass das rechte Lager eine Mehrheit errungen hatte.

Die zurückhaltende Bewertung des Wahlverlaufes durch die internationalen Wahlbeobachter motivierten alle Lager, angebliche Verstöße ihrer Gegner gegen das Wahlrecht geltend zu machen und eine Wiederholung besonders dort durchzusetzen, wo man knapp unterlegen war. Wenige Tage vor der Wahl waren aus verschiedenen Standesämtern in Tirana, Dibra und Lushnja über 10.000 Geburtsurkunden gestohlen worden, die wahrscheinlich für Wahlfälschungen eingesetzt werden sollten und z.T. auch wurden.

Die KQZ begann am 8.7.2005 mit der Überprüfung von insgesamt 303 Beschwerden, die zum größten Teil nicht hinreichend belegt waren. Nach längeren Beratungen ordnete die Wahlbehörde die Wiederholung der Wahl in den drei Wahlkreisen 2, 64 und 90 für den 21.8.2005 an, weil dort in einem erheblichen Teil der Wahllokale gar nicht oder nur unter erheblichen Beeinträchtigungen gewählt wurde.

Bei geringer Beteiligung von kaum über 40 % fielen diese drei Mandate mit erdrückender Mehrheit an die PD.

Von „Dushku“ zum „Mega-Dushku“

Der Machtwechsel kam nicht durch den von Sali Berisha zunächst behaupteten Erdrutschsieg zustande, sondern war in erster Linie Folge der fehlgeschlagenen Taktik der Sozialisten in Verbindung mit dem neuen Wahlrecht ohne Stichwahl.

Die PSSH hat 30 ihrer bisherigen 72 Direktmandate verloren. Die PD hatte statt 26 nunmehr 56 Wahlkreise errungen. Je ein Wahlkreis ging an einen Parteiloosen, den vom griechischen Minderheitenverband OMONIA unterstützten früheren Justizminister Spiro Peçi, und an den LSI-Vorsitzenden Ilir Meta. Ausschlaggebend für diese Verschiebung war nicht so sehr der Wählerswing nach rechts als vielmehr die Spaltung der linken Wählerschaft.

Es zeigte sich, dass der Alptraum der PSSH wahr geworden war: die LSI-Wähler hatten die zuletzt geradezu flehenden Appelle der Sozialisten in den Wind geschlagen und ihre Stimmen nicht zwischen dem PSSH-Wahlkreisbewerber und der LSI-Liste gesplittet. In 8 Wahlkreisen hätte bereits ein solches Splitting den Sieg des PD-Kandidaten verhindert; in 8 weiteren hätten auch die zersplitterten Erststimmen für die kleinen Koalitionsparteien zugunsten des sozialistischen Kandidaten abgegeben werden müssen, um eine neue Mitte-Links-Koalition zu ermöglichen.

Besonders schwer wiegen die Verluste der Sozialisten in den Großstädten

Tirana und Durrës. 2001 hatten sie in diesen beiden Präfekturen noch 15 Wahlkreise gewonnen, jetzt nur noch 5, während sich die PDSH hier von 11 auf 23 Direktmandate gesteigert hat. Hier waren Vorwürfe wegen Amtsmissbrauch und Korruption besonders laut geworden.

Erinnerungen an die Wahl von 2001 wurden wach; damals musste in einem Wahlkreis bei Lushnjë („Dushku“) der erste Wahlgang aus technischen Gründen um eine Woche verschoben werden. Nachdem drei der kleinen Parteien des Regierungslagers (AD, PBDNJ und PAA) im ersten Wahlgang landesweit die 2,5 %-Hürde um Haaresbreite verfehlt hatten, rief die PSSH ihre Wähler dazu auf, in diesem einzigen Wahlkreis, in dem noch Zweitstimmen zu vergeben waren, die Listen dieser Parteien zu wählen – mit dem Erfolg, dass alle drei die Sperrklausel knapp überschritten. Zwar hätte die PSSH auch bei einem Scheitern ihrer Partner eine eigene Mehrheit gehabt, die durch die PSD noch verstärkt worden wäre, aber nicht die für die Neuwahl des Präsidenten erforderlich 60 %-Mehrheit.

Diese – keineswegs rechtswidrige – Praxis wurde als Beleg für einen manipulativen Umgang mit dem Wahlrecht skandalisiert. Andererseits fördert die Geschäftsordnung des Parlaments die taktische Aufhebung der Parteigrenzen: Eine Partei, die die 2,5 %-Hürde überspringt, hat mindestens drei Mandate. Bis 2004 mussten jedoch Fraktionen, die sich nicht für die gesamte Wahlperiode, sondern jährlich neu konstituieren, aus wenigstens fünf Abgeordneten bestehen, was erreicht wurde, indem Abgeordnete der PSSH und der PD pro forma kleinen Fraktionen beitraten. Am 16.12.2004 wurde die Geschäftsordnung noch weiter verschärft und die Mindestgröße auf sieben Abgeordnete herauf gesetzt.

Im bisherigen Kuvend waren daher zuletzt acht Fraktionen vertreten: PSSH (zuletzt 61 Mitglieder), PD (30), LSI (9), Bewegung für Nationale Entwicklung (LZHK) (8 Abgeordnete verschiedener Rechtsparteien), Fraktion der Reformierer und Christdemokraten (7 Abgeordnete der PDR,

der PDK (Christdemokratische Partei und LDLNJ), Fraktion der Mitte (7 Abgeordnete von AD, PBDNJ, PDSSH und PAA), PSD (7 Abgeordnete von PSD und PSSH), Republikanische Partei (PR) (8 Abgeordnete von PR, PBK und PD); der Rest sind Fraktionslose.

2005 erreichte das taktische Votieren eine neue Dimension: PD und PSSH konnten aufgrund der Umfragen damit rechnen, dass sie die auf sie entfallenden Mandate über die Erststimmen in den Wahlkreisen erringen würden, aber von Zweitstimmen für ihre Listen keine zusätzlichen Mandate zu erwarten hatten. Somit riefen sie die Wähler ihres jeweiligen Lagers zum Splitting auf: die Erststimme sollte dem Kandidaten der Demokraten bzw. Sozialisten, die Zweitstimme aber einer der Listen der verbündeten Parteien gegeben werden.

Anders als die PSSH bereitete die PD den gemeinsamen Erfolg intensiv vor: zu den Wahlabsprachen gehörten nicht nur die aussichtsreichen Wahlkreise, in denen Mitglieder der Mitte-Rechts-Parteien unter der Fahne der PD kandidierten, sondern auch die Auffüllung der Listen der kleinen Partner mit PD-Funktionären (36 Listenkandidaten der PR sollen Mitglieder des erweiterten Vorstandes der PD sein).

Dieser Appell zum Splitting bewirkte ein geradezu bizarres Zweitstimmenergebnis, das einen völligen Bruch mit früheren Wahlergebnissen suggeriert: die beiden großen Parteien, die fast alle Wahlkreise unter sich aufgeteilt hatten, blieben weit unter 10 %; die Republikaner erreichten 20 %, gefolgt von den Sozialdemokraten mit 12,7 %. Aussagekräftig sind nur die Ergebnisse der Parteien außerhalb der beiden großen Lager: Ilir Metas LSI erreichte 8,4 %, während Leka Zogus kleines Rechtsbündnis LZHK mit nur 3,5 % an der für Listenverbindungen gültigen 4 %-Hürde scheiterte.

Addiert man die Zweitstimmentheile der beiden großen Lager, ist erkennbar, wie gespalten die Wählerschaft ist und wie sehr Berishas Rückkehr an die Macht durch die

erfolgreiche Taktik der Rechten und das Scheitern der Sozialisten bedingt ist, das linke Spektrum zu bündeln: 41,3 % votierten für die Parteien der bisherigen Mitte-Links-Koalition, 8,4 % für die LSI, 43,1 % für das Berisha-Bündnis, 3,5 % für die LZHK, der Rest für Splitterparteien quer durch das politische Spektrum.

Besonders die LSI war zum Opfer dieser Taktik geworden: bei einem Verhältniswahlrecht hätte sie 12-13 Sitze erhalten, hat aber jetzt mit fünf Sitzen nicht einmal Fraktionsstärke. Sie richtete an die Konfliktmediatoren der OSZE/ODIHR den Vorwurf,

bei ihren Vermittlungsbemühungen lediglich auf einen Interessenausgleich zwischen den beiden großen Parteien geachtet zu haben, aber die Belange von Parteien außerhalb der beiden Blöcke unter den Tisch gekehrt zu haben.

Dieses in den Medien als „Mega-Dushku“ bezeichnete Verfahren belastet das Prestige des neuen Parlamentes. Zwar ist Metas Ankündigung, das neue Parlament werde nur eine kurze Lebensdauer haben, angesichts der klaren Mehrheiten illusorisch, doch nahm die Bürgerbewegung MJAF! die Parlamentseröffnung am 2.9.2005

zum Anlass, einen Eichenschößling (dushk – Stieleiche) im Park vor dem Gebäude zu pflanzen und die Einführung eines Proporzwahlrechtes zu fordern.

Wie üblich ist der Frauenanteil sehr gering: trotz z.T. hoher Frauenanteile auf den Landeslisten (am höchsten bei der PSSH: 11 von 24) errangen nur 10 Frauen ein Mandat (4 PSSH, 3 PD, 2 PSD, 1 PR); 2001 wurden 8 Frauen gewählt.

Langer Übergang

Durch die Einsprüche und Nachwahlen entstand ein langes Vakuum.

Tabelle 4: Überblick über alle Parlamentswahlen seit 1991

Partei	1991		1992		1996		1997		2001		2005	
	%*	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
PSSH	56,2 ^a	169	25,7	38	20,4	10	52,7	101	41,5	73	8,9	42
PD	38,7	75	62,1	92	55,5	122	25,8	23	36,8 ^d	46	7,7	56
PR	1,5	0	3,1	1	5,7	3	2,4	1	- ^d	-	20,0	11
PDR	-	-	-	-	-	-	-	-	5,1	6	7,4	4
PSD	-	-	4,4	7	1,5	0	2,5	10	3,6	4	12,7	7
LSI	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8,4	5
PBDNJ	0,7 ^b	5	2,9	2	4,0	3	2,7	4	2,6	3	4,1	2
AD	-	-	-	-	1,6	0	2,7	2	2,6	3	4,8	3
PDSSH	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,2	2
PDD	-	-	-	-	k.A.	0	0,8	2	-	-	-	-
PBK	-	-	-	-	5,0	2	2,3	1	- ^d	-	1,7	0
PLL/ LZHK	-	-	-	-	2,1	0	3,3	2	- ^d	-	3,5	0
PDK	-	-	k.A.	0	1,3	0	1,0	2	1,0	0	3,3	2
PBSD/ BLD	-	-	-	-	2,0	0	0,8	1	- ^d	-	1,1	1
PBD	-	-	-	-	0,7	0	0,8	1	0,6	0	0,5	0
PAA	0,1	0	0,6	0	k.A.	0	0,8	1	2,6	3	6,6	4
PUKSH	-	-	k.A.	0	0,2	0	0,3	1	0,2	0	0,2	0
sonstige	-	1	-	-	-	-	0,9	3 ^c	-	2 ^c	-	1 ^c
Mandate insgesamt	250		140		140		155		140		140	

- AD *Aleanca Demokratike*/Partei Demokratische Allianz
- LSI *Lëvizja Socialiste për Integrim*/Sozialistische Integrationsbewegung
- PAA *Partia Agrare Ambientaliste*/Agrar- und Umweltpartei (früher: *Partia Agrare Shqiptare*/Albanische Agrarpartei)
- PBD *Partia Bashkimi Demokrat*/Partei Demokratische Union
- PBDNJ *Partia Bashkimi për të Drejtat e Njeriut*/Partei Union für die Menschenrechte
- PBK *Partia Balli Kombëtar*/Partei Nationale Front
- BLD *Partia Bashkimi Libera Demokrat*/Partei Liberale Demokratische Union
- PBSD *Partia Bashkimi Socialdemokrat*/Partei Sozialdemokratische Union
- PDSSH *Partia Demokracia Sociale e Shqipërisë*/Partei Soziale Demokratie Albanien
- PDR *Partia Demokrate e Re*/Neue Demokratenpartei
- PDK *Partia Demokristiane*/Christdemokratische Partei

- PD *Partia Demokratike e Shqipërisë*/Demokratische Partei Albaniens
 PLL *Partia Lëvizja e Legalitetit*/Partei Legalitätsbewegung
 PPSH *Partia e Punës e Shqipërisë*/Partei der Arbeit Albaniens
 PR *Partia Republikane*/Republikanische Partei
 PSD *Partia Socialdemokrate e Shqipërisë*/Sozialdemokratische Partei Albaniens
 PSSH *Partia Socialiste e Shqipërisë*/Sozialistische Partei Albaniens
 PUK *Partia e Unitetit Kombëtar*/Partei der Nationalen Einheit.
- a PPSH statt PSSH
 b OMONIA statt PBDNJ
 c Unabhängige
 d Wahlbündnis „Union für den Sieg“ aus PD, PRSH, PLL, PBK, BLD
 * Die Prozentzahl bezieht sich auf die Zweitstimmen, soweit bei der jeweiligen Wahl ein Zweitstimmenwahlrecht angewendet wurde.

Quelle: Tagespresse; Fletorja Zyrtare; National Democratic Institute for International Affairs 1991; Komisioni Qendror i Zgjedhjeve (KQZ) (Hrsg.): Buletin i zgjedhjeve parlamentare qershor '97. Tirana 1997; KQZ (Hrsg.): Buletini i zgjedhjeve të përgjithshme për Kuvendin e Shqipërisë 24 Qershor 2001. Tirana 2001; Website der KQZ www.cec.org.al

Tabelle 5: Parlamentswahlen 2001, Kommunalwahlen 2003 und Parlamentswahlen 2005

Partei	Zweit-stimmen 2001	%	Kommunal- wahl 2003 in %	Zweit-stimmen 2005	%
Parteien der bisherigen Regierungskoalition					
PSSH	549.589	41,51	34,6	121.412	8,9
PSD	48.253	3,65	5,3	174.103	12,7
PBDNJ	34.607	2,61	2,8	56.403	4,1
AD	33.718	2,55	2,8	65.093	4,8
PAA	33.993	2,57	3,2	89.635	6,6
PDSSH	-	-	2,9	57.998	4,2
Parteien des bisherigen Oppositionsbündnisses					
PD	487.314	36,81	32,4	104.796	7,7
2001: Union für den Sieg (Bashkimi për Fitore)					
PDR	67.349	5,09	2,2	101.373	7,4
PR	-	-	3,4	272.746	20,0
2001: s. PD					
PBK	-	-	1,5	22.896	1,7
2001: s. PD					
BLD	-	-	-	14.418	1,1
2001 s. PD					
Christdemokratische Partei Albaniens (Partia Demokristi- tiane e Shqipërisë, PDK)	13.643	1,03	1,6	44.576	3,3
Partei Demokratische Union (Partia Bashkimi Demokrat, PBD)	8.029	0,61	-	7.371	0,6
Partei Demokratische Natio- nale Front (Partia Balli Kom- bëtar Demokrat, PBKD)	-	-	-	7.632	0,6
Bewegung für Menschen- rechte (Lëvizja për të Drejtat dhe Liritë e Njeriut, LDLNJ)	-	-	-	9.027	0,7

Sonstige Rechtsparteien					
LZHK 2001 s. PD 2003 PLL, P.Kons.	P. Kons. 592		PLL 2,3	47.549	3,5
Albanische Rechte Demokratische Partei Neue Demokratie (Partia Demokratike Demokratia e Re e Djathtë Shqiptare, PDDRDSH)		0,05		1.794	0,1
Partei der Albanischen Nationalen Sicherheit (Partia e Sigurisë Kombëtare Shqiptare, PSKSH)				570	0,0
Partei Albanische Demokratische Monarchistische Bewegung (Partia Lëvizja Monarkiste Demokrate Shqiptare, PL. Mona.)	999	0,08		774	0,1
Sonstige Linke und Kommunisten					
LSI				114.798	8,4
Partei Albanische Sozialistische Allianz (Partia Aleanca Socialiste Shqiptare, PAS-SH)				6.604	0,5
Partei der Arbeit Albaniens (Partia e Punës së Shqipërisë, PPSH)				9.292	0,7
Albanische Soziale Parteien und Nationale Einheitspartei (Partitë Shqiptare Sociale dhe Partia e Unitetit Kombëtar, PUK)	PUK 2.433	0,18		3.260	0,2
Albanische Kommunistische Partei (Partia Komuniste Shqiptare, PKSH)	12.176	0,92	1,3	8.937	0,7
Sonstige					
Allianz für Wohlstand und Solidarität (Aleanca për Mirëqenie e Solidaritet, AMS)				5.029	0,4
Partei Albanische Grüne Liga (Partia Lidhja e Blertë Shqiptare, PLBSH)				1.710	0,1
Partei für Gerechtigkeit und Integration (Partia për Drejtësi e Integrim, PDI)				16.012	1,2

Quelle: Website der KQZ www.cec.org.al

Tabelle 6: Regionale Verteilung der 100 Direktmandate 2005 (in Klammern: 2001)

Bezirk	Wahlkreise	erfolgreiche PSSH-Kandidaten	erfolgreiche PD-Kandidaten	erfolgreiche Sonstige
Shkodra	1 - 9	2 (2)	7 (6)	-
Kukës	10 - 12	0 (1)	3 (2)	-
Lezha	13 - 17	0 (1)	5 (3)	0 (1 Parteiloser)
Dibra	18 - 22	2 (3)	3 (2)	-
Durrës	23 - 30	0 (4)	8 (3)	0 (1 Parteiloser)
Tirana (Stadt und Land)	31 - 50	5 (11)	15 (8)	
Elbasan	51 - 61	9 (10)	2 (1)	
Fier	62 - 73	8 (12)	4 (0)	
Berat	74 - 79	4 (7)	1 (0)	1 LSI
Korça	80 - 88	4 (8)	5 (1)	
Gjirokastra	89 - 92	3 (4)	1 (0)	
Vlora	93 - 100	5 (9)	2 (0)	1 Parteiloser*
insgesamt	1 - 100	42 (72)	56 (26)	1 LSI, 1 Parteiloser (2 Parteil.)

*Der frühere Justizminister Spiro Peçi kandidierte offiziell als Unabhängiger mit Unterstützung der OMONIA und der faktischen Unterstützung der Sozialisten.

Quelle: <http://www.cec.org.al>; Shekulli, 10.8.2001

Art. 67 der Verfassung sieht vor, dass der Präsident den Kuvend 20 Tage nach Abschluss der Wahl zu seiner konstituierenden Sitzung einberufen muss. Wegen der Sommerferien wurde die Wahlwiederholung auf den 21.8.2005 angesetzt. Wegen dieses späten Termins und wegen immer wieder neuer Einsprüche konnte kein offizielles und endgültiges Wahlergebnis veröffentlicht werden, und vor der Bekanntgabe der exakten Sitzverteilung konnte der Präsident das neue Parlament nicht einberufen. Die neue Mehrheit griff den Präsidenten wegen dieser Position scharf an und warf ihm Verfassungsbruch vor, da die Nachwahlen am politischen Gesamtergebnis nichts änderten.

Berisha rief die Verwaltung auf, normal weiter zu arbeiten; er versuchte, Befürchtungen zu zerstreuen, die bisherigen Stelleninhaber würden nach dem Wechsel entlassen. Zugleich nutzte er die Zeit getrennte Koalitionsverhandlungen mit allen in Frage kommenden Partnern zu führen. Er machte auch den bisherigen Koalitionspartnern der PSSH Angebote, die von der PBDNJ und der PAA angenommen wurden. Dass die Minderheitenpartei die Chance nutzen würde, ihren Einfluss zu wahren, war absehbar, zumal ihr Verhältnis zu Nano sich verschlechtert hatte. Die Entscheidung der PAA erregte Aufsehen, da diese Gruppe-

rung 1991 als Albanische Agrarpartei (PASH) unter direkter Beteiligung der PSSH gegründet worden war und sich großer Loyalität befleißigt hatte. Mehrere Funktionäre dieser Partei traten aus Protest gegen Xhuvelis Schwenk zurück; auch bei den rechten Partnern der PD gab es Vorbehalte gegen die Einbeziehung der PAA in die neue Koalition. Nur die PR wurde mit ihrem Parteichef Mediu im Verteidigungsressort ins Kabinett einbezogen; die kleineren Rechtsparteien wurden mit untergeordneten Positionen abgefunden.

Nano reiste zunächst ins Ausland und absolvierte dann Parteiveranstaltungen, besonders in den drei Wahlkreisen, in den eine Nachwahl anstand. Er warf der PD vor, die Wahlen manipuliert zu haben, während seine Partei sich um die Einhaltung von Standards bemüht habe. Erst am 15.8.2005 räumte er die Niederlage ein, wenngleich er von der (objektiv irrationalen) Möglichkeit sprach, durch einen Sieg in allen drei Wahlkreisen noch eine andere Mehrheit erreichen zu können.

Er erklärte sich bereit, einen ordnungsgemäßen Stabswechsel durchzuführen und wies die Ministerien an, Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der offiziellen Übergabe der Behörden und der Akten vorzubereiten – bei den früheren Regierungswechseln 1992 und 1997 hatte es

diese Selbstverständlichkeiten nicht gegeben.

Andererseits respektierte die scheidende Regierung nicht den Grundsatz, keine Grundsatzentscheidungen mehr zu treffen, die die Nachfolgeregierung binden. An das Versprechen der PD anknüpfend, die Hochschulen für mehr Studierwillige zu öffnen, beschloss die scheidende Regierung am 12.8.2005, für das kommende Wintersemester die Aufnahmequoten der Hochschulen annähernd zu verdoppeln. Dies war mit der designierten Nachfolgeregierung nicht abgesprochen und stellte die Hochschulen vor eine nicht zu bewältigende Überlastquote, gegen die die Rektoren rechtliche Schritte ankündigten.

Nachdem die KQZ am 1.9.2005 das Endergebnis und die Mandatsverteilung einstimmig festgestellt hatte, berief der Präsident das Parlament bereits für den 2.9.2005 zu seiner konstituierenden Sitzung ein, die von Lufter Xhuveli als Alterspräsident geleitet wurde. Bereits das nahm die neue Opposition zum Anlass für Proteste.

Die seit 1997 amtierende stellvertretende Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli (PD) wurde am folgenden Tag

Fortsetzung S. 28

Eigene Postleitzahlen für Kosovo

Frühere jugoslawische Provinz erhält fünfstelligen Zahlenfolge



Zur postalischen Situation im Kosovo sechs Jahre nach Kriegsende

Am 31.05.2005 gaben die UN-Übergangsverwaltung im Kosovo, UNMIK, sowie die PTK („Posta dhe Telekomunikacioni i Kosovës“), also die „Post und Telekom Kosovos“, auf einer gemeinsamen Presskonferenz in Prishtina die Einführung eigener fünfstelliger Postleitzahlen („Kodi Postar“) für das Kosovo zum 01.06.2005 bekannt. Postalisch wird Kosovo künftig in sieben so genannte „Regionen“ unterteilt, denen Zahlenfolgen von 10000 bis 70000 zugeordnet sind. Die Region Prishtina erhält dabei den Postleitzahlenbereich 10000, Prizren die 20000, Peja die 30000, Mitrovica die 40000 während die 50000 für Gjakova, die 60000 für Gjilan und die 70000 für Ferizaj vorgesehen sind.

Die weitere Unterteilung der neuen Postleitzahlen, deren Vergabe in enger Abstimmung mit dem „Weltpostverein“ (UPU) in Bern und unter heftigem Protest der serbischen Regierung erfolgte, geschieht sodann nach einzelnen

Kommunen (zweite Ziffer) sowie kleineren, nichtselbständigen Ortschaften bzw. einzelnen Postämtern (dritte und vierte Ziffer). So lautet beispielsweise die neue Postleitzahl der Stadt Lipjan 14000 und jene der Ortschaft Magurë, die verwaltungstechnisch zur Kommune Lipjan zählt, 14060. Analog zu diesem System wurden für das Stadtgebiet Prishtina die Postleitzahlen 10010 bis 10130 reserviert. Insgesamt wurden von der UNMIK und der PTK 122 bzw. 128 neue Postleitzahlen für das Kosovo vergeben.

Letztere Zahlendifferenz ist eine Folge von zwei unterschiedlichen PTK-Listen mit neuen Postleitzahlen, die nach ihrer parallelen Veröffentlichung im Kosovo nebeneinander kursierten. So umfasst die in den Postämtern der PTK im Kosovo aushängende sowie auf der Website der PTK veröffentlichte Liste ausschließlich jene Orte im Zuständigkeitsbereich der PTK während davon abweichend die

in einzelnen kosovarischen Zeitungen, wie etwa der Wochenzeitung „fokusi“, publizierte Tabelle bereits auch die serbischen Enklaven im Kosovo enthält, zu denen die PTK bislang ausnahmslos keinen Zugang hat und die postalisch weiterhin direkt durch die serbische Post („Pošta Srbije“) versorgt werden.

Die entsprechenden neuen Postleitzahlen wie etwa 10500 für Graanica, 43500 für Leposavi oder 73000 für Štrpce fehlen daher auch auf den zuvor erwähnten eigentlichen „Betriebslisten“ in den kosovarischen Postämtern, da sie für die postalische Praxis im Kosovo – zumindest auf absehbare Zeit – aus den genannten Gründen ohne Relevanz sind. So schickt etwa die PTK nach wie vor an Empfänger in den serbischen Enklaven im Kosovo adressierte Postsendungen an die Absender zurück, da die kosovarische Post in den besagten Ortschaften über keine eigenen Zustellmöglichkeiten verfügt und bis dato auch kein direkter Postaustausch zwischen der PTK und der serbischen Post erfolgt. Analog verfährt im Übrigen auch die serbische Post mit Sendungen – hier überwiegend aus dem Ausland und mit Ausnahme der serbischen Enklaven – ins Kosovo, die beispielsweise wegen der Verwendung alter jugoslawischer Postleitzahlen oder der Länderbezeichnung „Serbien und Montenegro“ (irrtümlicherweise) in das serbische Postnetz gelangen.

Mit der Bekanntgabe der neuen kosovarischen Postleitzahlen endete in der unter der Verwaltung der UN stehenden früheren autonomen jugoslawischen Provinz eine fünfjährige Übergangsfrist, während der – primär zwecks Vermeidung der bereits erwähnten Fehlleitungen über Serbien – generell auf die Benutzung von Postleitzahlen verzichtet wurde. Zunächst war jedoch mit Ende des Kosovokrieges und dem Einmarsch der NATO im Juni 1999 die Postversorgung im Kosovo weitgehend zusammengebrochen. Von letzterer war zudem zuvor die

albanische Mehrheitsbevölkerung seit der politischen Gleichschaltung der Provinz durch Belgrad im Jahr 1989 über Jahre hinweg mehr oder weniger ausgeschlossen gewesen, woran auch die (weitgehend erfolglosen) Versuche, im Rahmen des damaligen, international nicht anerkannten und politisch von der LDK („Demokratische Liga Kosovos“) dominierten Parallel- und Schattenstaates „Republik Kosova“ einen eigenen Postdienst aufzubauen, nicht viel änderten.

Der überwiegende Teil der mehrheitlich albanischen Beschäftigten der jugoslawischen Post im Kosovo war aus politischen Gründen bereits im August des Jahres 1990 entlassen worden. Formal bestand zu diesem Zeitpunkt noch das 1960 als Teil der jugoslawischen Postunion (PTT) gegründete Unternehmen „Post, Telegraf und Telefon Kosovos“.

Nach dem Ende des Kosovokrieges gehörte der Wiederaufbau eines funktionierenden Post- und Telefonnetzes zu den Prioritäten der internationalen Verwaltung in der nach Unabhängigkeit strebenden Provinz. Folglich wurde bereits am 14.10.1999 mit der Durchführungsverordnung 1999/12 die PTK als „Post und Telekom Kosovos“ im Zuständigkeitsbereich der UNMIK gegründet. Bis zum Beginn des eigentlichen operativen Geschäftsbetriebs vergingen jedoch noch weitere fünf Monate. So stellt der damalige UNMIK-Chef Bernard Kouchner erst am 14.03.2000 in Prishtina den ersten Satz kosovarischer Briefmarken der PTK vor, die in den Sprachen Englisch, Albanisch und Serbisch an Stelle einer regulären Länderbezeichnung die Aufschrift „United Nations Interim Administration Mission in Kosovo“ tragen und deren Wertangabe in DM (später: EURO) erfolgt, welche zuvor am 30.08.1999 zum offiziellen Zahlungsmittel in der Provinz erklärt worden war.

Gleichzeitig beginnt die PTK mit der Annahme und Zustellung von Briefsendungen im Kosovo, wobei

zunächst lediglich „Inlandssendungen“ ohne weitere „Zusatzleistungen“ wie „Einschreiben“ und auch nur bis zu einer Gewichtsgrenze von maximal 500 Gramm zugelassen sind. Die Aufnahme des internationalen Postverkehrs durch die PTK erfolgt schließlich wenig später – zunächst ebenfalls ohne „Zusatzleistungen“ – am 31.05.2000. Die für Empfänger im Ausland vorgesehenen Postsendungen werden von der PTK in der Anfangszeit ausschließlich auf dem direkten Luftweg nach Zürich abgeleitet. Dem entsprechend wird in einheimischen Medienberichten mit Verweis auf entsprechende Informationen der PTK den kosovarischen Lesern empfohlen, bei der Absenderangabe auf die früheren jugoslawischen Postleitzahlen, wie beispielsweise 38000 für Prishtina, zu verzichten (offizielle Abschaffung der alten Postleitzahlen: 05.05.2000) und als Länderangabe „KOSOVO (UNMIK) via Zürich“ zu vermerken.

In umgekehrter Richtung, also bei Postsendungen aus dem Ausland ins Kosovo, setzt sich der neue Transportweg unter Umgehung von Serbien bzw. der damals noch existierenden Bundesrepublik Jugoslawien („Restjugoslawien“) nur sehr zögerlich durch, so dass zunächst weiterhin etliche für Empfänger im Kosovo bestimmte Postsendungen, auch aus Deutschland, aufgrund falscher Länderbezeichnung nebst Verwendung jugoslawischer Postleitzahlen, aus Unwissenheit von Postbediensteten und bedingt durch unklare postinterne Regelungen weiterhin via Belgrad ins serbische Postnetz gelangen und von dort entweder an die Absender als „unzustellbar“ zurückgeschickt werden oder nie die Empfänger im Kosovo erreichen.

Von Seiten der Deutschen Post AG wird zudem erst knapp ein Jahr später in einer Pressemitteilung vom 29.04.2001 die Wiederaufnahme des Postverkehrs mit dem Kosovo ab dem 02.05.2001 bekannt gegeben. In der besagten Pressemitteilung wird zudem darauf hingewiesen, dass zur Ver-

meidung von Fehlleitungen auf die Verwendung jugoslawischer Postleitzahlen zu verzichten, als Länderbezeichnung grundsätzlich „KOSOVO (UNMIK)“ anzugeben und als Versandart lediglich „Luftpost“ zugelassen sei.

Inzwischen – im August 2005 – unterhält die PTK im Kosovo ein relativ dichtes Netz von aktuell 112 Postämtern, die durch sieben quer durch das Kosovo verlaufende Routen miteinander und mit dem zentralen „Post-Transitzentrum“ („Qendra Tranzite Postare“) (QTP) in Prishtina verbunden sind. Parallel zur PTK verfügt die staatliche serbische Post, die unmittelbar aus der jugoslawischen hervorging, derzeit noch über 16 Postämter im Kosovo, die sich ausschließlich in dem kleinen kompakten serbischen Siedlungsgebiet im Norden Kosovos sowie in den serbischen Enklaven in Zentral-, West- und Südkosovo wie etwa Gra anica oder Štrepce befinden und die unmittelbar an das serbische Postnetz angeschlossen sind. Von den 16 serbischen Postämtern (vor dem Krieg: 173) sind derzeit jedoch nur 15 in Betrieb; das serbische Postamt in Fushë Kosovë (serbisch: Kosovo Polje) wurde bei den März-Unruhen 2004 in Brand gesteckt und ist seit dem geschlossen.

Die serbischen Postämter im Kosovo, in denen Briefmarken Serbiens bzw. der Staatengemeinschaft „Serbien und Montenegro“ gegen serbische Dinar verkauft und verwendet werden, unterstehen der „Bezirksdirektion Priština“ der serbischen Post („RJ PTT Saob. Priština“), die nach dem Kosovokrieg unter Beibehaltung ihrer Bezeichnung (!) mit ihrem Verwaltungssitz von Prishtina in das fast ausschließlich von Serben bewohnten Leposavi im äußersten Norden Kosovos ausgewichen ist. Nach albanischer Lesart handelt es sich bei den (wenigen) verbliebenen serbischen Postämtern im Kosovo um einen Teil der immer wieder heftig kritisierten „parallelen Institutionen“ Serbiens im Kosovo, gegen deren Existenz die UNMIK nach Auffassung nicht

weniger albanischer Politiker im Kosovo nicht energisch genug vorgeht.

Zwischen den beiden Postgebieten im Kosovo, zwischen der neuen PTK und der serbischen Post, findet bis dato kein direkter Postaustausch statt. Besonders grotesk ist die postalische Situation daher in der zwischen Albanern und Serben durch den Fluss Ibar geteilten Stadt Mitrovica, das wegen der hermetischen Abriegelung der beiden Stadtviertel voneinander auch die Beinamen „Belfast des Balkans“ und „Mostar des Kosovo“ trägt. Ein Brief vom albanisch besiedelten Südteil der Stadt in die serbisch dominierten nördlichen Stadtviertel muss bei der PTK als Auslandsbrief nach „Serbien und Montenegro“ aufgegeben werden und würde von der PTK via Prishtina über ein Drittland nach Belgrad geleitet, um schließlich von dort quer durch Serbien nach Nord-Mitrovica transportiert zu werden.

In Mitrovica, in dem die ethnischen Probleme Kosovos spiegelbildlich auf engstem Raum konzentriert sind, und das als wiederholter Ausgangspunkt von ethnisch motivierter Gewalt traurige „Berühmtheit“ erlangt hat, liegen im übrigen das zentrale Postamt der PTK und jenes der serbischen Post vergleichsweise dicht beieinander, wie sonst nirgends im Kosovo. So befindet sich das Postamt 1 der PTK in Mitrovica in unmittelbarer Nähe des Südendes der zentralen „Austerlitz-Brücke“, die den fast ausschließlich von Serben bewohnten Nordteil von Mitrovica mit dem fast ebenso ausschließlich von Albanern bevölkerten Südteil der Industriestadt verbindet.

Nach dem Ende des Kosovokrieges im Juni 1999 versahen die serbischen Bediensteten zunächst noch für drei weitere Monate ihren Dienst in dem im albanischen Südteil der Stadt gelegenen Hauptpostamt Mitrovicas. Ende September 1999 erzwangen schließlich Angehörige der UÇK („Befreiungsarmee Kosovos“), die das Postamt besetzten und

ultimativ dessen „Übergabe“ verlangten, den Abzug der serbischen Postbediensteten, die nach einer über siebenstündigen Blockade von Soldaten der KFOR aus dem Postamt „befreit“ und per LKW in den Nordteil der Stadt evakuiert werden mussten. Seit Anfang Januar 2000 verfügt die serbische Post nun im Nordteil Mitrovicas in einem angemieteten früheren Ladenlokal über ein eigenes Postamt 1, das trotz seitens der UNMIK wiederholt angedrohter Schließung bis heute seinen Dienst versieht.

Entgegen allgemeiner Befürchtungen kam es nach der Gründung der PTK allerdings nicht zu einem „Postkrieg“ zwischen Kosovo und Serbien. So werden bis dato die bei der PTK im Kosovo aufgegebenen und mit den neuen kosovarischen Briefmarken freigemachten Postsendungen anstandslos und ohne „Schwärzungen“ oder ähnlichem in Serbien zugestellt. Allerdings wurden bislang weder die PTK noch die kosovarischen Briefmarken von Belgrad anerkannt. Nach Ansicht der Belgrader Regierung, die Kosovo bekanntlich weiterhin als Teil ihres Staatsgebietes ansieht, verstößt die Herausgabe der kosovarischen Briefmarken unter der Regie der UNMIK vielmehr gegen die einschlägigen Bestimmungen und das Regelwerk des „Weltpostvereins“ (UPU) und sei daher „illegal“.

Nach anfänglichen erheblichen Schwierigkeiten im Jahre 2000 funktioniert inzwischen die Postbeförderung in und aus dem Kosovo – Angeboten werden inzwischen praktisch aller international üblichen Dienste und Zusatzleistungen – erstaunlich zuverlässig und praktisch reibungslos. Besonders bei der Zustellung im Kosovo hatte es anfangs nicht zuletzt aufgrund der politisch bedingten Umbenennung von zahlreichen Straßennamen usw. erhebliche Probleme und recht hohe Verlustquoten gegeben. Aber auch bei Sendungen vom Kosovo ins Ausland waren Verzögerungen an der Tagesordnung. So lag beispielsweise die Laufzeit von Sendungen nach

Deutschland in den ersten Monaten nach (Wieder-) Aufnahme des internationalen Postverkehrs durch die PTK am 31.05.2000 zwischen vier Tagen und mehr als drei Monaten...

Ebenfalls reibungslos gestaltet sich der (internationale) Postaustausch mit den serbischen Enklaven im Kosovo, die weiterhin unmittelbar durch die serbische Post versorgt werden. In diesen Fällen sind – zumindest bis auf weiteres und auch bei Sendungen aus dem Ausland – die alten jugoslawischen Postleitzahlen, wie beispielsweise 38205 für Gra nica oder 38228 für Zubin Potok, weiter zu verwenden. Als Länderbezeichnung ist hier zudem „Serbien und Montenegro“ und nicht „KOSOVO (UNMIK)“ anzugeben, da die entsprechenden Postsendungen – in beiden Richtungen – über Belgrad ins und aus dem Kosovo geleitet werden.

Die Laufzeiten der entsprechenden Sendungen nach Deutschland liegen zeitlich allerdings etwas über denen aus dem Bereich der PTK, was primär damit zu tun hat, das namentlich die isoliert liegenden serbischen Enklaven in Zentral-, Süd- und Westkosovo teilweise über keine tägliche Anbindung an das Postnetz Serbiens verfügen. Seit der jüngsten, deutlichen Portoanhebung der serbischen Post sind zudem die bislang recht niedrigen Gebühren mit jenen der PTK in etwa gleichgezogen bzw. liegen sogar leicht über dem Niveau der PTK, so dass die serbische Post im Kosovo ihren bisherigen Tarifvorteil gegenüber der PTK praktisch eingebüßt hat.

Ausnahmslos als Fälschungen haben sich inzwischen verschiedene angeblich serbisch-kosovarische „Lokalpostmarken“ mit beschränkter Gültigkeit ausschließlich in den serbischen Enklaven herausgestellt. Vereinzelt waren Exemplare, über die mitunter auch in der philatelistischen Fachpresse berichtet wurde, auch im Handel aufgetaucht. Zuletzt hatte die „Michel-Rundschau“ (2/2005, S. 80) unter der Überschrift „Der

Postdienst in Serbisch-Kosovo“ über eine neue Serie von serbisch-kosovarischen „Europamarken“ informiert, die angeblich von der „Serbischen National-Verwaltung“ (sic!) – gemeint sein dürfte der „Serbische Nationalrat“ im Kosovo – herausgegeben worden sei.

Nach Mitteilung der „Arbeitsgemeinschaft Jugoslawien und Nachfolgestaaten e.V.“ im „Bund Deutscher Philatelisten e.V.“ handelt es sich bei den aufgetauchten Marken ausschließlich um Phantasiedrucke mit vermutlich u. a. belgischer Herkunft. In diesem Zusammenhang sei abschließend angemerkt, dass eigene serbisch-kosovarische Briefmarken keinen Sinn ergeben, da Belgrad ja stets die Zugehörigkeit Kosovos zu Serbien betont bzw. die Provinz nach wie vor als integralen Bestandteil des eigenen Staatsgebietes betrachtet und darüber hinaus die Herausgabe von Briefmarken natürlich nicht zum Aufgabenbereich des „Serbischen Nationalrats“ im Kosovo zählt.

Die Zukunft der verbliebenen serbischen Postämter im Kosovo ist derzeit ungewiss. Bislang sind alle Bemühungen der PTK gescheitert, die entsprechenden Postämter zu übernehmen bzw. die eigenen Dienstleistungen auf die serbischen Enklaven auszudehnen und letztere in das eigene Postnetz zu integrieren. Eine Lösung dieser Frage ist jedoch möglicherweise von den bevorstehenden internationalen Statusverhandlungen für Kosovo zu erwarten, in dessen Rahmen auch eine Autonomieregelung für die serbische Bevölkerung innerhalb Kosovos angestrebt wird.

Denkbar wäre beispielsweise ein Modell wie in Bosnien-Herzegowina, wo – in Europa in dieser speziellen Form einmalig – die Entitäten bis heute jeweils über eigene Postverwaltungen (nebst eigener Briefmarken!) verfügen. Für eine derartige Lösung ist das verbliebene serbische Siedlungsgebiet im Kosovo, das sich mit Ausnahme des nördlichen Landesteils zudem in Gestalt von teilweise nur einzel-

ne Ortschaften umfassenden und isoliert liegenden Enklaven nahezu über das gesamte Kosovo verteilt, aber unter Umständen zu klein.

Als eines der größten öffentlichen Unternehmen Kosovos sah (und sieht) sich die PTK, dessen Umwandlung zu einer Unternehmensholding als erster Schritt auf dem Weg zur Privatisierung Anfang September 2005 vollzogen wurde, in der zurückliegenden Zeit analog zum krisengeschüttelten Energieunternehmen KEK („Korporata Elektro Energjetike e Kosovës“) wiederholt mit erheblichen Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Diese entzündeten sich u. a. an der mitunter undurchsichtigen Lizenzvergabe der PTK im Bereich der Telekommunikation, in die auch internationale Berater der PTK involviert waren, und hatten weniger mit dem klassischen Postdienst, als einem von vier Unternehmensbereichen der PTK, zu tun. Die entsprechenden Vorwürfe führten zu Verhaftungen, von denen auch die bis zum Juni 2003 amtierende Generaldirektorin der PTK, Leme Xhema, betroffen war, die wegen des Verdachts der Veruntreuung zunächst am 28.04.2004 inhaftiert und wenig später gegen eine Kaution von 50.000 EURO wieder auf freien Fuß gesetzt worden war.

Letztere kandidierte übrigens (trotz ihres Verfahrens) bei den Parlamentswahlen im Kosovo am 23.10.2004 auf dem zweiten Listenplatz der politisch eher unbedeutenden „Liberalen Partei Kosovos“ (PLK) von Gjergj Dedaj, die – dank einer erforderlich gewordenen erneuten Stimmenauszählung – schließlich mit 3.542 Stimmen (= 0,51%) doch noch, wenn äußerst knapp, mit einem Abgeordneten in Gestalt des Parteivorsitzenden den Einzug ins kosovarische Parlament schaffte.

Nach der Herausgabe von eigenen Personalausweisen und Reisepässen für die Kosovaren, der Einführung neuer Autokennzeichen sowie von Serbien unabhängiger (internationaler) Bankleitzahlen für

das Kosovo ist nun auch im postalischen Bereich durch die neuen Postleitzahlen die Loslösung Kosovos von Serbien durch die UNMIK vollzogen worden. Als nächsten Schritt hat die internationale Verwaltung in Prishtina inzwischen die Beantragung einer eigenen internationalen Vorwahlnummer für das Kosovo angekündigt. Bislang ist Kosovo im Festnetz aus dem Ausland ausschließlich über die Vorwahl für Serbien und Montenegro (00381) zu erreichen. Zudem wurde die Lizenzvergabe für den Aufbau eines weiteren Mobilfunknetzes beschlossen.

Neben dem serbischen Mobilfunknetz MOBTEL, das nahezu flächendeckend weiterhin den gesamten Kosovo abdeckt, erhielt im Jahr 2000 das französische Unternehmen Alcatel – der deutsche Mitbewerber Siemens blieb damals unberücksichtigt – den Zuschlag für den Aufbau eines von Serbien unabhängigen Mobilfunknetzes im Kosovo, das seitdem unter der internationalen Vorwahl von Monaco (00377) aus dem Ausland erreichbar ist. Letzteres ist im Kosovo inzwischen jedoch völlig überlastet und sorgte wegen hoher Tarife und technischer Unzulänglichkeiten wiederholt für negative Schlagzeilen.

Postalisch und philatelistisch – die PTK hat bislang neun Briefmarkenserien herausgegeben – bleibt Kosovo also auf absehbarer Zeit ein interessantes Gebiet. Dazu tragen neben der PTK und den verbliebenen, erstaunlich resistenten parallelen „Rumpfstrukturen“ der serbischen Post auch die zahlreichen ausländischen Feldpostämter bei, darunter auch mehrere deutsche, die der postalischen Versorgung der im Rahmen der KFOR stationierten ausländischen Truppen im Kosovo dienen und die daher in der Regel ausschließlich den Angehörigen der jeweils eigenen Militär- und Polizeieinheiten mit ihren Dienstleistungen zur Verfügung stehen.

Stephan Lipsius

Adem Demaçi: Die Schlangen des Blutes

Frankfurt 2005, 137. S. 8,90

Im Verlag der innovativen Weimarer Schiller-Presse ist jüngst der Roman des kosovarischen Schriftstellers Adem Demaçi erschienen.

Übersetzungen aus dem albanischen Sprachraum des ehemaligen Jugoslawiens sind bisher auf dem deutschsprachigen Markt noch rarer als Veröffentlichungen von Schriftstellern aus dem albanischen Staatsgebiet. Aus dem vielfältigen Spektrum der kosovarischen Lyrik liegen passable Übersetzungen von Ali Podrima und Azem Shkrelj vor, die Prosa ist bisher nur durch deutschsprachige Veröffentlichungen von Beqë Cufaj, Kim Mehmeti und Rexhep Qosja präsent. Der 1936 in Pristinë geborene Adem Demaçi war politisch interessierten Menschen in der BRD eher als Träger des Sacharow-Preises für Frieden und Demokratie (1991) und wegen seiner langjährigen Haftstrafen (28 Jahre ! !) im sozialistischen Jugoslawien bekannt, wobei die erste Haftstrafe dieses mit bekanntesten jugoslawischen Dissidenten schon 1958 erfolgte, als er die auch heute vielfach unbekannteste Tatsache anprangerte, dass in den fünfziger Jahren etwa 100 000 ethnische Albaner, unter dem Vorwand Türken zu sein, nach Anatolien abgeschoben wurden. Heute ist er einer der prominentesten Menschenrechtsvertreter im Kosovo, wenngleich wegen seiner versöhnlerischen Haltung im Land durchaus umstritten.

Erste sozialkritische Kurzgeschichten Demaçis wurden schon Anfang der fünfziger Jahre in der Literaturzeitschrift „Jeta e Re“ (Neues Leben) veröffentlicht. Doch bekannt wurde er im albanischen Sprachraum vor allem durch seine 1958 veröffentlichte – sehr kontrovers aufgenommene Novelle - „Gjarpijt e gjakut“ (Die Schlangen des Blutes) – Neuauflagen 1990/1991. Sonst ist nur seine ebenfalls im ersten unabhängigen kosovarischen Verlag (Gjon Buzuku Press) 1991 veröffentlichte Erzählung „Kur zoti harron“ erwähnenswert. So gibt es Stimmen, die „Die Schlangen des Blutes“ eher als wichtige ethnografische Veröffentlichung denn als literarisches Werk sehen wollen. Der Titel der Erzählung hat seine Grund-

lage in einer bekannten albanischen Allegorie, in der 3 verschiedenfarbige Schlangen einen Türken, einen Christen (Rajah) und einen Albaner beißen. Dem albanischen Opfer wird seine schicksalhafte Zukunft wie folgt erklärt: „Und Du, Albaner, bist von der Schlange der Blutrache gebissen worden. Du wirst Deinen eigenen Bruder erschlagen und Dein Bruder wird Dich bis ans Weltende umbringen. Gott hat Dich geweiht, Blut zu trinken und auszuspucken.“ Diesem im Kanun manifestierten Schicksal, der Befreiung aus den Fesseln einer falsch verstandenen „Ehre“ (Besa) und der aus deren Wiederherstellung sich eruerenden Blutrache und dem Kampf dagegen dient Demaçis Novelle „Die Schlangen des Blutes“.

Der erste Teil der Erzählung spielt im Alltag jugendlicher Hirten, zeigt aber auch hier schon wie wichtig Würde, Ehre und Heldentum (Hinweis auf die volkstümlichen Helden Mujo und Halil fehlt nicht) für die Sozialisation der männlichen Jugendlichen sind. Dabei erweist sich der Protagonist Abaz Gjuka in seiner Vaterrolle als progressiver Vertreter einer neuen Zeit, der jugendliche Hinterlist richtig als Kinderangelegenheit interpretiert und ebenso durchaus vertretbare Gründe für eine neu entstehende Blutrache großzügig negiert.

Im zweiten Teil sieht das Oberhaupt einer konservativen kosovarischen Familie keine andere Alternative als die Blutrache zur Aufrechterhaltung der vorgeblich verletzten männlichen Ehre. Die Nichteinhaltung eines erzwungenen Eheversprechens, die Ablehnung jeglicher Aussöhnung und der von Demaçi einfühlsam kritisch hinterfragte schicksalhafte vermeintliche Wille Gottes zur Blutrache enden damit, dass durch den Stolz und die Kränkung alter Männer, 8 Menschen einer Blutlawine zum Opfer fallen

Doch Demaçi erblickt in Sohn und Enkel eine neue Generation. Sie wird nicht mehr auf das Geschwätz der Ziegenhoxhas hören. „Tritt weiter, halte den Angriff der Blutschlangen auf, damit sie verschwinden und aufhören, unsere Berge mit Schande zu beflecken und unser Land zu beschmutzen“ – so die zukunftsorientierte Aufforderung des Protagonisten Mustafa des Hauptteils der Novelle an seinen Neffen.

Dieser Appell bildete im Kosovo die Basis für das Entstehen einer umfangreichen Massenbewegung gegen die Blutrache.

Viele Intellektuelle – Professoren, Lehrer, Studenten – engagierten sich, gingen bis in die abgelegensten Dörfer, versöhnten verfeindete Familien und schlichteten mehr als 900 Fälle von Blutrache.

Demaçis Sprache ist äußerst bildhaft und lebendig. Immer wieder fließen albanische Sprichwörter, volkstümliche Redensarten und Volksweisheiten in den Text ein; der informierte Leser wird manches Bild aus albanischen Volksmärchen entdecken wie sie seit fast 150 Jahren aus der verdienstvollen Sammlung J.G.v. Hahns bekannt sind.

Allerdings wäre das Lektorat besser beraten gewesen, neben dem autochthonen albanischen Übersetzer Isa Bulan (Prekadini) als Ko-Lektor einen deutsch-muttersprachlichen Übersetzer zu Rate zu ziehen.

Die Übersetzung wirkt oft holprig, Relativbezüge sind vielfach sperrig und sogar falsch und verkehrte Übersetzung und Zuordnung von Adjektiven (dickbäckig versus rothaarig) schafft verwirrende personelle Konstellationen.

Zum Teil ärgerlich und passim stellenweise historisch im Wahrheitsgehalt fragwürdig ist der ist der sonst sehr informative umfangreiche Erläuterungstext des Übersetzers im Anhang, wenn er im großalbanischen Diktus fabuliert und z.B. der ehemaligen jugoslawischen Regierung eine Unterstützung der Blutrache unterstellt.

Trotzdem: Wer atmosphärisch dichte Schilderungen, lebendig charakterisierte Personen, liebevolle Landschaftsbeschreibungen und bildhafte Sprache liebt und auch eine Auge für drängende Probleme hat (vgl. auch S. Voells „Das nordalbanische Gewohnheitsrecht“), die bis in die Gegenwart reichen, liegt bei Demaçis „Die Schlangen des Blutes“ richtig.

Dietmar Kurzeja
Hamburg

Neuerscheinungen

In dieser Rubrik sollen Veröffentlichungen angezeigt werden, für die keine ausführliche Besprechung im Rezensionsteil vorgesehen ist - Bücher ebenso wie interessante Zeitschriftenartikel, die sich mit Albanien oder albanischen Themen befassen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Wenn eine Veröffentlichung angezeigt wird, bedeutet das weder eine Empfehlung noch, dass die Redaktion sich mit dem Inhalt identifiziert. Für Hinweise unserer Leser auf weitere Veröffentlichungen wären wir dankbar.

Stephen Badsey, Paul Latawski (ed.): Britain, NATO and the Lessons of the Balkan Conflicts 1991-1999. London, New York 2004. XIII, 261 S. ISBN 0-7146-8192-X

Florian Bieber, Zidas Daskalovski (ed.): Understanding the War in Kosovo. London, Portland 2003. XVIII, 350 S. ISBN 0-7146-8327-2.

Ali Dhrimo: Fjalor Shqip-Gjermanisht – Albanisch-Deutsches Wörterbuch. Tirana 2005. XXXIII, 1766 S. ISBN 99943-710-1-0.

Tom Gallagher: Outcast Europe: The Balkans, 1789-1989. From the Ottomans to Milosevic. London, New York 2001. XX, 314 S. ISBN 0-415-37559-2

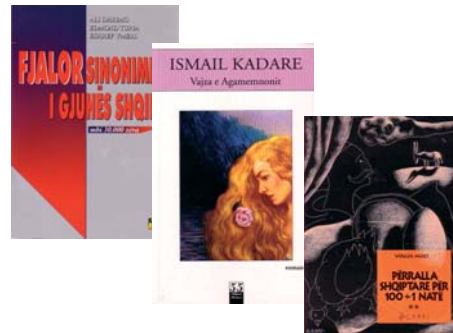
Helmut Kramer, Vedran Dzihic: Die Kosovo Bilanz. Münster, Hamburg, Berlin, Wien, London 2005. 274 S. ISBN: 3-8258-8646-8

Barnett R. Rubin (ed.): Toward Comprehensive Peace in Southeast Europe. Conflict Prevention in the South Balkans. Center for Preventive Action. New York 1996. XII, 135 S. ISBN 0-87078-402-1

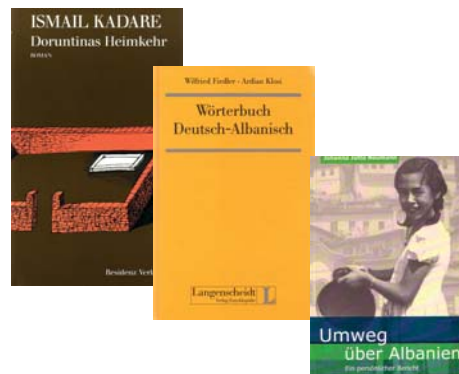
Gjergji Sinani: Passé et Avenir de la Philosophie en Albanie, in: Association Internationale des Professeurs de Philosophie (ed.): Europa Forum Philosophie. Bulletin 52. Avril 2005, S. 13-20

Dimitri A. Sotiropoulos, Thanos Veremis (ed.): Is Southeastern Europe Doomed to Instability? London, Portland 2002. 254 S.

Literatur aus



& über Albanien



Bestellen Sie Ihre Albanien-Bücher beim:

Literaturvertrieb der DAFG
Postfach 10 05 65
44705 Bochum

Tel: 0234 - 30 86 86
Fax: 0234 / 30 85 05
e-mail: litvertrieb@albanien-dafg

Gerne schicken wir Ihnen folgende Literaturlisten zu:

- Gesamtverzeichnis
- Aktuelle Information/ Zeitgeschehen
- Belletristik
- Kultur & Geschichte
- Sprachlehrbücher/ Wörterbücher
- Allgem. Landeskunde/Reisen
- Bildbände
- Antiquariatsliste

Oder gleich online bestellen:

Riskieren Sie doch mal einen Blick auf unseren Büchershop im Internet:

www.dafg-litvertrieb.de

Fortsetzung von S. 21

mit 81 Stimmen zur neuen Präsidentin des Parlamentes gewählt. Auf den von der PSSH vorgeschlagenen PAD-Abgeordneten Neritan Ceka entfallen 52 Stimmen. Ebenfalls am 3.9.2005 überreichte Moisiu Sali Berisha die Ernennungsurkunde als Ministerpräsident. Seinem Kabinett gehören an:

Ministerpräsident: Sali Berisha (PD)
 Stellvertretender Ministerpräsident: Ilir Rusmajli (PD)
 Finanzen: Ridvan Bode (PD)
 Äußeres: Besnik Mustafaj (PD)
 Wirtschaft: Genc Ruli (PD)
 Innen: Sokol Olldashi (PD)
 Verteidigung: Fatmir Mediu (PR)
 Soziales: Kosta Barka (PBDNJ)
 Gesundheit: Maksim Cikuli (PD)
 Öffentliche Arbeiten, Verkehr, Telekommunikation: Lulzim Basha (PD)
 Landwirtschaft: Jemin Gjani (PD)
 Umwelt: Lufter Xhuveli (PAA)
 Bildung und Wissenschaft: Genc Pollo (PDR)
 Justiz: Aldo Bumçi (PD)
 Integration: Arenca Troshani (PD)
 Tourismus und Kultur: Bujar Leskaj (PD)

Bode, Ruli und Cikuli hatten ihre Ressorts bereits in früheren PD-Regierungen inne.

Perspektiven

Anders als die Bulgaren, die bei jeder Wahl anders wählen, tendiert die albanische Wählerschaft zur Kontinuität. Der Wahlsieg der PD von 1992 war die natürliche Folge des bereits vollzogenen Systemwechsels, der Triumph der PSSH 1997 resultierte aus dem grandiosen Scheitern Berishas im Bürgerkrieg. Somit ist seine Rückkehr an die Macht zwar spektakulär, aber zugleich Ausdruck der allmählichen Normalisierung der albanischen Politik.

Der Wahlvorgang ist noch immer von schweren Mängeln überschattet, die von unkorrekten Wählerverzeichnissen bis zu Bestechung und gewaltsamer Beeinflussung der Wähler reichen. Sie bilden jedoch die Ausnahme, nicht die Regel. Sie sind jedoch Wasser auf die Mühlen der jeweiligen Verlierer, ihre

Niederlage als Produkt von Manipulationen zurückzuweisen. Die Konstituierung der Verfassungsinstitutionen nahm trotz klarer Mehrheitsverhältnisse zwei Monate in Anspruch – ziemlich genau so lang dauerte die Regierungsneubildung in Bulgarien, was dort allerdings an Schwierigkeiten des sozialistischen Wahlsiegers Sergej Stanisev lag, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden.

Von dem Ideal eines wirklich repräsentativen Wahlrechtes ist Albanien noch immer weit entfernt: „Mega-Dushku“ hat die kleinen Parteien innerhalb der großen Blöcke parlamentarisch stark und eine größere (die LSI) schwach gemacht.

Anders als in vielen osteuropäischen Ländern haben die Albaner weder rechts- noch linksradikale Parteien in ihr Parlament gewählt, trotz einer niedrigen Sperrklausel, was umso weniger selbstverständlich ist, als die Popularität der „etablierten“ Parteien und ihrer Spitzenkandidaten nicht eben hoch war.

Die Bipolarität des Parteiensystems ist durch die Wahlen nach wie vor nicht aufgebrochen worden. Die Rückkehr von Genc Pollos PDR in den Berisha-Block versperrt die Perspektive eines in beide Richtungen koalitionsfähigen liberalen Zentrums. Mit der Rückkehr des Generalsekretärs der PDR, Ferdinand Xhaferri, in die PD und ihre Fraktion könnte sogar die Fortexistenz der reformistischen PD-Abspaltung in Frage gestellt werden.

Es ist Berisha allerdings gelungen, bisherige Partner Nanos für eine Koalition unter seiner Führung zu gewinnen. Wie deren Wählerschaft darauf reagieren wird, bleibt abzuwarten; besonders für die Agrarpartei wird ein Überleben aus eigenen Kräften ohne Stimmentransfer der Sozialisten schwierig werden, während die PBDNJ mit den ethnischen Minderheiten ein spezifisches Wählerpotential hat; für eine Fortexistenz ihrer Abspaltung LDLNJ gibt es keinen Grund mehr.

Die neue Koalition ist heterogen, und Berisha hat im In- und Ausland

mit einem schlechten Image zu kämpfen. Die Ankündigungen aus dem Wahlkampf – Steuersenkungen bei gleichzeitigen Mehrausgaben für Bildung und Soziales – werden nicht völlig umgesetzt werden können und viele Wähler werden sich enttäuscht sehen. Ob sich in der Außenpolitik Änderungen gegenüber der sehr stark auf die USA orientierten Politik der Sozialisten ergeben, bleibt abzuwarten; der neue Ministerpräsident beschloss mit seinem bekannten Sinn für übertriebene Symbolik als erste Amtshandlung eine Soforthilfe von 300.000 \$ für die Tornado-Opfer in New Orleans.

Die Linksparteien, die eine linke Mehrheit in der Gesamtwählerschaft nicht erneut in eine parlamentarische Mehrheit umsetzen konnten, stehen vor einem Scherbenhaufen. Bei den Sozialisten hat der Kampf um die künftige Führung und Strategie bereits begonnen. Fatos Nano hat den Parteivorsitz nach der Bekanntgabe des Endergebnisses am 1.9.2005 niedergelegt und die Wahlsieger der Fälschung beschuldigt. Dies muss nicht bedeuten, dass er aus der Politik ausscheidet; bereits Anfang 1999 war er vorm Vorsitz der PSSH zurückgetreten, nur um sich im Oktober desselben Jahres vom Parteitag wieder wählen zu lassen. Der 2003 gegen ihn unterlegene Edi Rama hatte ihm schon vorher den Rücktritt nahe gelegt und in einer viel beachteten Erklärung seine eigene Kandidatur angemeldet.

PSD-Chef Gjinushi appellierte wiederholt an die Linksparteien, künftige Wahlniederlagen durch einheitliches Vorgehen zu vermeiden. Er legte drei Szenarien vor, die von festen Wahlabsprachen über die Schaffung eines gemeinsamen Koordinierungsgremiums bis zur Wiedervereinigung der beiden gespaltenen Parteien, der Sozialisten und der Sozialdemokraten, reichen. Viel Zeit bleibt der Linken nicht zur Klärung ihrer Strategie: 2006 stehen Kommunalwahlen und 2007 die Wahl des neuen Präsidenten an.

Michael Schmidt-Neke

Einladung zur ordentlichen Mitgliederversammlung der DAFG e.V. am 05.11.2005 in Dortmund

hiermit möchte der Vorstand der DAFG Sie/Euch gemäß § 12 Satzung der DAFG zu der ordentlichen Mitgliederversammlung am 5. November 2005, 12.00 - 18.00 Uhr, in Dortmund, Auslandsgesellschaft NRW - Steinstr. 48 einladen.

Als Tagesordnung schlägt der Vorstand vor:

1. Begrüßung
2. Vortrag mit Diskussion: Zur Lage in Albanien -
it Referenten aus Albanien*)
3. Tätigkeitsbericht des Vorstandes und Aussprache
4. Berichte aus den Gliederungen der DAFG
5. Finanz- und Revisionsbericht
6. Aussprache über die Berichte
7. Abstimmung zur Entlastung des Vorstandes
8. Anträge zur Arbeit des Vereins und zur Änderung der Satzung
9. Wahl des Vorstandes und des/der Vorsitzenden
10. Wahl des Schiedsgerichts
11. Wahl des Kassenprüfungsausschusses
12. Verschiedenes

Der Vorstand der DAFG

*) Tagesordnungspunkt 2 ist so konzipiert, dass er der Information aus authentischer Quelle und der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Albanien dienen soll.

Um allen TeilnehmerInnen an der Mitgliederversammlung die Gelegenheit zu geben, aktuelle Informationen aus & über Albanien aus authentischen Quellen zu erhalten, haben wir den Tagesordnungspunkt 2 so konzipiert, dass er der ausführlichen inhaltlichen Information und Diskussion über Albanien und die deutsch-albanischen Beziehungen dient. Als Referenten haben wir eingeladen:

Ardian Klosi, Tirana,
Geschäftsführer der Albanisch-Deutschen Kulturgesellschaft „Robert Shvarc“,

der über die Perspektiven der deutsch-albanischen Kulturbeziehungen und Ansatzpunkte für die künftige Arbeit in diesem Bereich referieren wird.

Jochen Blanken, Tirana/Hamburg, stellv. Vorsitzender der DAFG, der über die Lage in Albanien nach den Wahlen und dem Machtwechsel in diesem Sommer berichten wird.

Wir glauben, dass dieser Veranstaltungsteil auch für Nicht-Mitglieder von Interesse ist, so dass es sich lohnt, auch an Albanien interessierte Bekannte und Freunde darauf anzusprechen.

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Der Ruf Albaniens in der breiten Öffentlichkeit ist nicht der beste. Allzu oft wird er durch (teils kriminelle) Aktivitäten von gesellschaftlichen Randgruppen bestimmt, die so das Bild eines ganzen Volkes prägen. Die kulturellen Werte dieses kleinen Volkes sind viel zu wenig bekannt.

Unsere Gesellschaft verfolgt daher u.a. folgende Ziele:

Förderung aller freundschaftlichen Bestrebungen zwischen dem deutschen und albanischen Volk;

Entwicklung vielfältiger, gegenseitiger Beziehungen zwischen beiden Völkern auf allen Ebenen;

in beiden Ländern umfassende Information über die Gegebenheiten des anderen Landes, deren jeweilige Geschichte, Gegenwart und Kultur;

Durchführung von wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Veranstaltungen;

Förderung und Vertiefung gegenseitigen Verständnisses durch den Abbau von individuellen und gesellschaftlichen Vorurteilen;

die Entwicklung menschlicher Beziehungen, bilateraler Begegnungen und Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen;

Förderung und Verbreitung sowie Pflege der Kunst und Folklore des albanischen Volkes;

Förderung von Organisationen in Albanien, welche das Ziel eines Austauschs mit Deutschland auf fachlichem oder kulturellem Gebiet verfolgen;

Herausgabe und Verbreitung von Publikationen über und aus Albanien.

Mit jedem neuen Mitglied wachsen unsere Möglichkeiten, diese Zielsetzungen ein Stück weit mehr mit Leben zu erfüllen!

Mitgliedschaft in der DAFG!

- ... •• Der satzungsmäßige Beitrag von z.Z. 60,00 € jährlich schließt den Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE" ein.
- ... •• Ein mit einem Vereinsmitglied zusammenlebendes Vereinsmitglied zahlt die Hälfte, jedes weitere Familienmitglied ein Viertel des satzungsmäßigen Beitrages (ohne Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE")

Ja, ich möchte

- Mitglied
- Fördermitglied

in der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. werden, meine Mitgliedschaft soll beginnen

am.....

Ich zahle

- den regulären Beitrag (60,00 €) auf das Konto der DAFG (Kto.-Nr. 35981-202 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20)
- einen Förderbeitrag in Höhe von
- Ich beantrage Beitragsermäßigung

(bitte Begründung beifügen)

Abo der ALBANISCHEN HEFTE

Ich möchte

- die ALBANISCHEN HEFTE zum Preis von z.Z. 17,90 € p.a. (inkl. Versand) abonnieren.
- Ich füge einen Scheck über diese Summe bei.
- Ich habe die Summe auf das Literatur-Konto der DAFG (Kto.-Nr. 741577-202 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20) überwiesen.

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

ALBANISCHE HEFTE
Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus und über Albanien
ISSN 0930 - 1437

Die ALBANISCHEN HEFTE werden vom Vorstand der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Bodo Gudjons, Friederikastr. 97 44789 Bochum

Redaktion:
Bodo Gudjons (verantwortlich), Bochum
Dr. Michael Schmidt-Neke, Kiel,
Stephan Lipsius, Kassel

ArbeiterInnen
dieser Ausgabe:
Jochen Blanken, Tirana;
Dietmar Kurzeja, Hamburg;
Hans-Joachim Lanksch, München;

Gestaltungskonzept:
Thomas Schauerte, Dorsten

Satz + DTP:
Skanderbeg GmbH, Bochum

Druck:
Digitaldruck Gilbert Bochum

Vertrieb:
Skanderbeg GmbH, Bochum

Abonnements:
DAFG-Literaturvertrieb
Postfach 10 05 65
44705 Bochum
Friederikastr. 97
44789 Bochum

Preise:
Einzelheft: 3,75 € zzgl. Porto - Abonnement: 17,90 € (4 Ausgaben p.A. -jeweils zum Quartalsende - inkl. Porto)
Für Mitglieder der DAFG ist der Bezug der ALBANISCHEN HEFTE im Beitrag enthalten.

Redaktionsschluß
dieser Ausgabe:

15.09.2005

Kontakt zur DAFG

Büro der DAFG + Redaktion der ALBANISCHEN HEFTE

Friederikastr. 97 - 44789 Bochum
Postfach 10 05 65 - 44705 Bochum
Tel.: 0234 / 30 86 86
Fax: 0234 / 30 85 05
e-mail: dafg@albanien-dafg.de

Vorstand:

Bodo Gudjons, Vorsitzender
Postfach 10 22 04 ▲ 44722 Bochum
Friederikastr. 97 ▼ 44789 Bochum
Tel.: (0234) 30 86 86
Fax: (0234) 30 85 05
e-mail: gudjons@skanderbeg.de

Jochen Blanken, stv. Vorsitzender
z.Z. Tirana
e-mail: jblanken@parsh.org.al

Dr. Michael Schmidt-Neke, stv. Vors.
Goethestr. 3 ▲ 24116 Kiel
e-mail: schmidt-neke@gmx.net

Stephan Lipsius
Moselweg 57 ▲ 34131 Kassel
Tel.: (0561) 31 24 17
Fax: (0561) 31 24 16
e-mail: S.Lipsius@t-online.de

Wolfgang Pietrek, Kassierer
Am Talgraben 22 ▲ 46539 Dinslaken
Tel.: (02064) 8 21 60
Fax: (02064) 8 21 61
e-mail: rewo@cityweb.de

Xhevat Ukshini
Hochstr. 17 ▲ 45964 Gladbeck
e-mail: xh.ukshini@gmx.de

Ortsgruppen

Ortsgruppe Berlin
Postfach 30 34 27 ▲ 10728 Berlin
oder: c/o Günter Marx
Krumme Str. 32
10627 Berlin
Tel.: (030) 312 39 80

Ortsgruppe Hamburg
c/o Agim Gashi
Scheenefelder Holt 2
20589 Hamburg

Impressum

Kontaktadressen der DAFG!

In Archiven gekramt...



Dieses am 12. Dezember 1936 vom Atelier „Maca“ vor dem damaligen Parlamentsgebäude (der heutigen Akademie der Wissenschaften) aufgenommene Foto zeigt den deutschen Gesandten Eberhard von Pannwitz (1. Reihe Mitte, in Diplomatenuniform). Links neben ihm (mit Zylinder) den Botschaftsmitarbeiter Merfels, rechts den „Hofminister“ König Zogus Sotir Martini. Der ältere albanische Offizier ist Zogus Flügeladjutant Osman Gazepi, der jüngere Oberleutnant Ndoc Kurti, Dienst tuender Adjutant des Königs. (Der Zivilist mit Zylinder hinten ist nicht identifiziert, vermutlich ein weiterer Botschaftsangehöriger.)

Anlass dieser Aufnahme war vermutlich der Antrittsbesuch des neuen deutschen Gesandten beim König, der die Beglaubigungsschreiben der ausländischen Gesandten entgegenzunehmen hatte. Pannwitz hatte den langjährigen Gesandten Erich von Luckwald, einen Karrierediplomaten aus der SA, von dem unbeliebten Posten in Tirana abgelöst. Mit „Hofminister“ ist kein Mitglied der Regierung gemeint, sondern der Protokollchef des Hofes. Martini begleitete Zogu 1939 ins Exil und behielt seine Position offiziell bei, da Zogu sich lebenslang als rechtmäßigen Herrscher betrachtete. Osman Gazepi war einer der wenigen Südalbaner, die frühzeitig Zogu unterstützten. Er hatte seine Karriere in der osmanischen Armee begonnen und half Zogu beim Kampf gegen seine Feinde. 1939 allerdings versuchte er erfolglos, sich mit den Italienern gut zu stellen. 1946 wurde er erschossen.



Erich Andres: Bauernfamilie vor der Almhütte - 1931



Himara: Nachbarbucht